

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Fünfzehnte öffentliche Sitzung

Nr. 15

Samstag, den 3. Mai 1947

I. Band

	Seite
Geschäftliches	431
Feststellung zum Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags	431
Mündlicher Bericht des Ältestenrats über den Besuch des Präsidiums im Lager Moosburg Hierzu Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen. Fortsetzung der Aussprache.	
Redner:	
Prechtl (CSU)	432
Staatsminister Lortz	433, 437, 447
Höllerer (WW)	434
Op den Orth (SPD)	435
Dr. Probst (CSU)	441
Noske (WW)	444
Marx (SPD)	445
Staatssekretär Dr. Pfeiffer	448
Allwein (CSU)	449
Euerl (CSU)	449
Geschäftliche Behandlung des Antrags der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Einführung des sogen. Ingolstädter Verfahrens in der Entnazifizierung (Beilage 220)	451
Überweisung an den Ausschuß für Entnazifizierungsfragen.	
Antrag der Abgeordneten Dr. Korff und Genossen betreffend Einführung der doppelten Sommerzeit	451
Der Antrag wird für erledigt erklärt.	
Bildung des Ausschusses als Beirat des Staatskommissars für die Überführung von Unternehmen in Staatseigentum gemäß Art. 160 der Bayerischen Verfassung	451
Persönliche Bemerkung des Abgeordneten Prechtl (CSU)	451
Ermächtigung des Präsidenten zur Festsetzung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung	452
Dr. Linnert (ZDP) [zur Geschäftsordnung]	452
Bemerkung des Abgeordneten Schefbeck zur Verteilung der Landtagsdrucksachen	452
(Die Sitzung wird vertagt.)	

Die im Theater am Brunnenhof stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 12 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Stenogr. Ber. d. Verh. d. Bayer. Landtags 1947 Bd. I. 15. Stg. (Sch)

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt die Abgeordneten Anetseder, Bachmann, Drechsel, Freundl, Gröber, Fischer Josef, Kähler, Laumer, Dr. Laforet, Meigner, Müffel, Vidal, Dr. Wuzlhofer, Weiglein, Lau; Kaiser wegen Krankheit; Bezold Georg und Haugg Pius wegen dienstlicher Verhinderung.

Wir haben zunächst Ziffer 1 der Tagesordnung zu erledigen:

Feststellung zum Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Bayerischen Landtags.

Bei der Verabschiedung des Gesetzes ist ein Fehler unterlaufen, der den ganzen Aufbau stören würde; er muß korrigiert werden. Ich habe mit den Fraktionsführern bereits Fühlung genommen. Das Gesetz ist im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt noch nicht veröffentlicht: deswegen können wir diese Änderung in zwei Lesungen zur Erledigung bringen. — Ein Widerspruch gegen dieses Vorhaben erhebt sich nicht.

Ich schlage daher die Änderung vor, in Art. 3 Abs. 2 die Ziffer 20 durch die Ziffer 30 zu ersetzen. — Ein Widerspruch dagegen erfolgt nicht. Ich stelle die Annahme dieser Änderung in erster Lesung fest. — Wir gehen gleich zur zweiten Lesung über. — Ein Widerspruch aus dem Hause und von der Regierung erfolgt nicht.

Wer der Änderung zustimmt, die ich in erster Lesung bekanntgegeben habe, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Es ist einstimmig beschlossen. — Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Wir fahren dann in der Tagesordnung fort:

Ziffer 2:

Mündlicher Bericht des Ältestenrats über den Besuch des Präsidiums im Lager Moosburg.

Wir setzen die Aussprache fort.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Prechtl das Wort. Herr Abgeordneter Prechtl, ich mache darauf aufmerksam, daß die Redezeit 10 Minuten beträgt, nur daß wir in aller Freundschaft von einander scheiden.

Prechtl (CSU): Meine Frauen und Herren! Ich darf gleich eine Bemerkung vorausschicken. Es ist sehr bedauerlich, daß es bei unserer Geschäftsführung hier so ist, daß die ersten Redner eine bis zwei Stunden reden können und die nachfolgenden, von denen schließlich auch der eine oder andere noch etwas Wich-

(Prechtl [CSU])

tiges zu sagen hat, immer derart gekürzt werden, daß ihre Ausführungen fast ohne Bedeutung werden.

Präsident: Darf ich dazu bemerken: Es haben schon so viele Redner zur Entnazifizierungsfrage gesprochen, für und wider, daß es geradezu glanzvoll wirkt, wenn die künftigen Redner nur noch neue Gedanken bringen. In zehn Minuten ist das leicht zu ermöglichen. **(Zuruf: Er hat ja schon eine Stunde zu der gleichen Sache gesprochen!)**

Prechtl (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es handelt sich beim gesamten Fragenkomplex der Denazifizierung um eines unserer wichtigsten staatspolitischen Probleme. Darüber wollen wir uns keinem Zweifel hingeben. Ich bin dem Herrn I. Vizepräsidenten Abgeordneten Hagen außerordentlich dankbar, daß er auch aus der linken Seite des Hauses heraus

(Zuruf: Aber isoliert!)

zu diesem wichtigen Problem Stellung genommen hat. Nach Erklärungen, die von der amerikanischen Militärregierung kommen, betrachtet diese ihre Tätigkeit zu 50 Prozent als Vereinigung vom Nationalsozialismus und Militarismus, und zu 50 Prozent besteht ihre Aufgabe in der Demokratisierung unseres Volkes. Diese Erklärungen sind uns wiederholt gegeben worden. Es ist aber meiner Auffassung nach nicht möglich, eine wirkliche demokratische Gesinnung in unser Volk zu bringen, solange wir die schwärende Wunde an unserem Volkskörper haben, daß die Entnazifizierung nicht zu einem gewissen Abschluß kommt. Es haben sich bei der Durchführung des Säuberungsgesetzes derart viele Schwierigkeiten, aber auch derart viele Unzulänglichkeiten und Unmöglichkeiten herausgestellt, daß die Volksvertretung alles Interesse daran hat, die Regierung in ihren Bestrebungen zu stützen, gewisse Änderungen an diesem Gesetz und gewisse Erleichterungen bei seiner Durchführung zu erlangen.

Die Frage der Denazifizierung ist eine hochpolitische Frage, auch aus dem Grunde, weil trotz der Amnestien immer noch an die 800 000 Menschen von diesem Gesetz betroffen sind. An diesen 800 000 Menschen hängen aber auch die Familien. Wenn ich nur dreimal 800 000 rechne, dann haben wir immer noch mehr als zwei Millionen Menschen in unserem Volke, die unter den Wirkungen der Denazifizierung zu leiden haben. Es ist also gar kein Zweifel, daß wir es mit einer hochpolitischen Angelegenheit zu tun haben, die allerdings sehr viele Belastungsproben mit sich bringt.

Ich gehe wegen der Kürze der Zeit nicht auf Einzelheiten ein. Es muß aber doch ganz besonders erwähnt werden, daß bei der Durchführung des Gesetzes die Stellung des öffentlichen Klägers unbedingt einer Änderung bedarf, daß auch der Anhang zum Gesetz eine Revision benötigt, weil er zu den unmöglichsten Dingen und — sagen wir es offen und ehrlich — auch zu den größten Ungerechtigkeiten geführt hat.

Das Gesetz bedeutet aber auch ein schwieriges wirtschaftliches Problem. Meine Frauen und Herren, Sie dürfen die Dinge nicht bagatellisieren. Vergessen Sie nicht, daß unter den Sühnemaßnahmen, die durch das Gesetz vorgeschrieben sind, schwerste Ein-

griffe in die Vermögen der Betroffenen erfolgen. Sie erfolgen nicht bloß zur persönlichen Belastung der Betroffenen, sondern wir haben hier auch eine Erscheinung, die wir zur Zeit des Nationalsozialismus immer schwerstens verurteilt haben, nämlich die sogenannte Sippenhaftung. Es ist auch ohne Zweifel richtig, daß in der Auswirkung dieses Gesetzes durch die Stellung der Vermögen der Belasteten unter die öffentliche Vermögensverwaltung Treuhänder eingesetzt werden mußten und eingesetzt worden sind, die nicht immer die geeigneten Persönlichkeiten waren.

(Sehr richtig!)

Wir haben Erscheinungen, daß in ein und demselben Betrieb die Treuhänder schon drei- bis viermal gewechselt haben, und die Betriebe heute auf den Hund heruntergewirtschaftet sind. Diese Tatsachen dürfen nicht übersehen werden, weil dadurch in der Auswirkung des Gesetzes — —

(Zuruf: Wer hat ganz Bayern auf den Hund gebracht?)

— Davon wollen wir jetzt nicht weiter reden. Das wissen wir ganz genau. Aber wir dürfen nicht übersehen, meine Damen und Herren, daß die letzten Bestandteile noch vorhandenen Volksvermögens nicht auch noch zu Tode gewirtschaftet werden dürfen. Darum handelt es sich, und darum ist es notwendig, daß endlich das Treuhändergesetz kommt, und daß endlich einmal auch in dieser Beziehung etwas Säuberung Platz greift. **(Sehr richtig!)**

Auch da ist Säuberung notwendig. Das wollen wir wir uns klar und deutlich zum Bewußtsein bringen, ohne daß ich deswegen behaupte, daß jeder Treuhänder etwa ein „Untreuhänder“ wäre.

Wir haben es bei diesem Gesetz dann auch mit einem wirklich tiefen sozialen Problem zu tun. Vergessen Sie nicht: Wenn wir das verurteilt haben, was der Nationalsozialismus an unserem Volk verbrochen hat, dann dürfen wir nicht mit den gleichen Methoden weiterfahren.

(Zuruf von der SPD:

Das sind nicht die gleichen Methoden!)

Meine sehr geehrten Herren, wollen Sie sich nicht aufregen. Unsere Internierungslager sind genau so Konzentrationslager wie die — —

(Hört, hört!)

und große Erregung bei der SPD. — Glocke.)

Präsident: Ich möchte gegen die Ausführungen schärfste Verwahrung einlegen.

(Starke Erregung bei den Sozialdemokraten, verschiedene Zurufe.)

Herr Abgeordneter! Ich rufe Sie zur Ordnung wegen dieser unerhörten Ausdrucksweise. Ich bin als Präsident darüber auch erregt. Ich war selbst im Konzentrationslager. Diesen Vergleich der jetzigen politischen Lager mit den Konzentrationslagern verbitte ich mir als Präsident des Hauses von einem Abgeordneten, gleichgültig, auf welcher Seite er steht. Das ist unerhört. Am liebsten würde ich Ihnen das Wort entziehen.

Prechtl (CSU): Meine Herren, regen Sie sich doch nicht auf!

(Zuruf von der SPD: Abtreten wegen Nazigesinnung!)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. — Dem Herrn Abgeordneten möchte ich noch folgendes sagen: Hier in diesem Hause sind verschiedene Mitglieder, die jahrelang in den Konzentrationslagern gefesselt sind. Für die seelische Stimmung dieser Leute müssen Sie Ver-

(Präsident)

ständnis haben. Wenn das, was Sie gesagt haben, ins Land hinausgeht, ist es eine unerhörte Angelegenheit. Am liebsten würde ich Sie bitten, Ihre Rede zu beenden.

(Zuruf von der SPD: Abtreten! Wir hören ihn nicht mehr an. Wir lassen ihn nicht mehr sprechen.)

Brechtel (CSU): Ich habe ausdrücklich gesagt — — (Sozialdemokratische Abgeordnete verlassen den Saal.)

Präsident: Herr Abgeordneter! Angesichts der Lage, die Sie im Hause hervorgerufen haben, entziehe ich Ihnen das Wort.

Meine Herren, ich bitte wieder Platz zu nehmen.

Brechtel (CSU): Ich darf noch eine persönliche Erklärung abgeben.

Präsident: Nachher, am Schluß, jetzt nicht. —

Das Wort hat Herr Staatsminister Lorig zu einer Erklärung.

Staatsminister Lorig: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu allererst namens der Regierung eines sagen: Unsere Interniertenlager sind keine Konzentrationslager. Wir denken nicht daran, bei uns in unserem Lande Nazimethoden einzuführen. Ich bin dem Landtagspräsidium außerordentlich dankbar dafür, daß es einen Besuch in einem Lager unternommen hat und sich so genauestens über die Zustände, die in diesem Lager herrschen, informieren konnte. Das Landtagspräsidium, das ja aus den Vertretern nicht etwa bloß einer Partei zusammengesetzt ist, konnte feststellen, wie die Verhältnisse dort sind. Ich kann Ihnen eines erklären, ich habe es vor wenigen Tagen schon getan: Mancher Flüchtling wäre zufrieden, (sehr richtig!)

wenn er die Erleichterungen hätte, die die Internierten zur Zeit in den Internierungslagern genießen. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Und wenn es da und dort in den Lagern an dem oder jenem mangelt, so hat uns der Staatskommissar Dr. Jänicke vor wenigen Wochen bekanntgegeben, um wieviel mehr es bei den Flüchtlingen mangelt, wo man z. B. auf je 200 Flüchtlinge nur einen einzigen Tisch und auf je 20 Flüchtlinge nur einen einzigen Stuhl hat. Von den Internierten hat jeder eine Lagerstätte, und zwar keineswegs eine schlechte. Und was die Ernährung betrifft, so hat die Militärregierung seinerzeit schon für die Internierten Rationen festgesetzt, die höher sind wie draußen. Dafür fehlt mir jegliches Verständnis, daß die Leute im Internierungslager, die noch dazu nicht arbeiten, größere Rationen bekommen als wir draußen. Es ist nämlich nicht wahr, daß sich alle Internierten zur Arbeit drängen würden. Ein Teil tut es, die Anständigeren, die Kleineren, die weniger Belasteten. Die andern dagegen hocken drinnen und intrigieren. So liegen die Dinge tatsächlich. Und dazu kriegen die Leute Lebensmittelpakete, mehr als andere Leute heute bekommen. Kontrollen von solchen Paketen haben geradezu überraschende Ergebnisse gezeitigt, in Regensburg und in anderen solchen Lagern.

(Zuruf von der SPD:

Und da spricht der von Konzentrationslagern!)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich habe Verständnis für die nachklingende Aufregung. Ich bin selber noch erregt. Ich bitte aber, jetzt diese Sache ruhen zu lassen.

Staatsminister Lorig: Meine Damen und Herren! Nun zu einem ganz anderen Punkt: Ich möchte Ihnen heute die amtlichen Ziffern der Weihnachts- und der Jugendamnestie bekanntgeben. Ich habe vor ein paar Tagen bereits erklären können, daß die beiden Amnestien fristgemäß mit dem 30. April dieses Jahres in ganz Bayern durchgeführt sein werden. Die Frist ist eingehalten worden, und ich bin in der Lage, Ihnen jetzt die genauen Ziffern bekanntzugeben. Sie stellen, namentlich bezüglich der Jugendamnestie, eine große Überraschung dar. 581 924 Personen sind unter die Weihnachtsamnestie gefallen und damit aus dem Gesetz herausgenommen worden. Bezüglich der Jugendamnestie sind es 413 450. Das ist eine außerordentlich große Ziffer. Wie ich Ihnen das letzte Mal schon erklärt habe, war die Jugendamnestie bei uns in Bayern vor dem 2. Januar dieses Jahres so gut wie noch gar nicht durchgeführt. Am 2. Januar waren nämlich in Bayern erst rund 71 000 Fälle von der Jugendamnestie erledigt, heute sind es, wie gesagt, 413 450 Fälle. Zusammen sind also rund 995 000 Fälle, also fast eine Million, aus dem Gesetz herausgefallen. Bei 1 800 000 Betroffenen — soviel haben wir in Bayern; das hat die Großfortierung, die im Januar/Februar durchgeführt wurde, ergeben — haben wir also jetzt nur noch 800 000, die unter das Gesetz fallen. Von diesen 800 000 sind rund 100 000 Fälle schon durch die Spruchkammern gegangen und erledigt. Von den rund 700 000 Fällen, die noch bleiben, werden ungefähr 300 000 noch Mittläuferfälle sein, solche, die nicht unter die Weihnachts- oder Jugendamnestie fallen. Das übrige sind Leute, die unter Klasse II oder Klasse I des Gesetzes anzuklagen sind. Es werden 400 000 und etliche 10 000 sein, die unter Klasse II und rund 15 bis 20 000, die unter Klasse I fallen. Das wird noch eine ungeheure Arbeitsleistung sein. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Die Entnazifizierung wird bei uns in Bayern innerhalb eines Jahres, vom 1. April an gerechnet, bestimmt zu Ende geführt sein, so daß jeder einzelne Fall dann durch die Spruchkammer gegangen ist. Das läßt sich jetzt klar feststellen.

Ich möchte von dieser Stelle aus all denen, die an der Durchführung der Amnestien beteiligt waren, den herzlichsten Dank der Staatsregierung zum Ausdruck bringen. Sie alle haben in den letzten Wochen und Monaten in einer Art und Weise unermüdlich gearbeitet, die in der Öffentlichkeit leider viel zu wenig beachtet worden ist. Die Spruchkammern haben in Überstunden ihr Menschenmöglichstes geleistet.

Außerdem möchte ich ganz besonders betonen: Wir sind heute in der Durchführung des Befreiungsgesetzes den Württembergern, Badensern und Hessen gegenüber weit voraus. Noch am 2. Januar waren wir gegenüber den oben genannten Ländern der amerikanischen Zone weit zurück. Weder Württemberg-Baden noch Hessen haben die Amnestien bis jetzt durchführen können. Wir sind fertig mit der Durchführung der Amnestien, und das wird für fast eine Million Menschen eine außerordentliche Beruhigung sein.

Darüber hinaus konnten wir noch Millionen von Fällen bearbeiten, die nicht unter das Gesetz fallen. Es ist von größter Bedeutung, daß jeder einzelne Staatsbürger weiß, daß er nicht unter das Gesetz fällt und daß er darüber amtlich informiert wird.

(Staatsminister Lorig)

Zur Zeit stauen sich die Karten bei den Postämtern. Ich hoffe, daß diese ungeheure Arbeitsleistung auch bei der Post bewältigt werden kann. Wir haben mit dem Stichtag vom 30. April bereits 3 662 181 Personen benachrichtigen können, daß sie nicht vom Gesetz betroffen sind. Der Rest von wenigen hunderttausend Personen, die noch benachrichtigt werden müssen, ist bei den Spruchkammern wahrscheinlich schon erledigt, während ich jetzt spreche. Es werden also bis in wenigen Tagen alle Nichtbetroffenen ihre Karten haben. Dann brauchen wir nur noch einen Aufruf hinauszugeben, daß alle, die die Karte aus irgendeinem Grunde nicht bekommen haben, sich an die zuständige Poststelle wenden. Wir selbst haben die Arbeit getan: ich wiederhole es, eine gigantische Verwaltungsarbeit. Eine Unsumme von Akten mußte durchgearbeitet werden, und unerhört schwierig waren die Probleme, die bei all diesen Fällen aufgetaucht sind. Ich möchte nochmals von ganzem Herzen all denen danken, die bei der Durchführung dieser außerordentlich schwierigen Aufgabe mitgeholfen haben.

(Beifall.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, teile ich dem Hause mit, daß der Herr Abgeordnete Schütte leider ernstlich erkrankt ist und sich im Nymphenburger Krankenhaus befindet. Ich nehme Veranlassung, dem Herrn Kollegen die herzlichsten Wünsche des Hauses für seine baldige Genesung zu übermitteln. Das Haus nimmt davon gerne Kenntnis.

Das Wort hat nun der Abgeordnete Höllerer.

Höllerer (WAB): Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst auf einen Ausdruck Bezug nehmen, den in der letzten Tagung der Abgeordnete Kollege Bezold gemacht hat, und ihm zustimmen, wenn er sagte, letzten Endes sei das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ein Staatsvertrag, ein Vertrag, der zwischen der Besatzungsmacht und den deutschen Dienststellen abgeschlossen worden ist. Ich gebe bestimmt zu, daß diese Worte die Situation richtig umrissen haben, möchte aber hinzufügen, daß ein Vertrag auch dann, wenn er zwischen Siegermacht und Besiegten getan worden ist, nicht einen starren Vertrag bedeutet, der nicht durch Verhandlungen geändert werden könnte. Wenn wir stets den Standpunkt vertreten haben, das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus müsse geändert werden, dann war selbstverständlich die Voraussetzung die, daß die Verhandlungen in diesem Sinne geführt werden sollten.

Um aber diese Verhandlungen durchführen zu können, vor allem aber, um sie erfolgversprechend durchzuführen, ist es wohl doch erforderlich, daß wir alle möglichst eine einheitliche Linie zeigen und die Verhältnisse so schildern, wie sie bis 1945 in Wirklichkeit gewesen sind. Es möge, bitte, keine Enttäuschung hervorrufen, wenn wir nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß es nun doch einmal in vielen tausenden und zehntausenden Fällen Leute gegeben hat, die wirklich in die NSDAP hineingetrieben worden und die aus wirtschaftlichen Gründen, aus Angst oder sonstigen Überlegungen praktisch zum Beitritt gezwungen worden sind. Wir sind die allerletzten — Sie haben es schon oft aus dem Munde von Staatsminister Lorig vernommen —, die irgend einen wirklichen Nazi

verteidigen wollen; wir sind auch die allerletzten, die irgendeinen, der Verbrechen begangen hat, entschuldigen oder gar entlasten wollen. Wir wollen aber auf der anderen Seite unbedingt anstreben, daß der Großteil der wirklichen Mitläufer, der Großteil derer, die außer der nominellen Schuld, daß sie sich in die Partei aufnehmen ließen, sonst keinerlei Verbrechen begangen haben, bald und schnell aus dem Entnazifizierungsgesetz herausgenommen werden. Ich glaube, mit Recht sagen zu dürfen, daß wir bei der Befähigungsmacht, bei der Militärregierung nur dann Erleichterungen und Änderungen des Gesetzes erreichen werden, wenn wir alle einheitlich den Beweis erbringen, daß die Verhältnisse tatsächlich so und nicht anders gewesen sind. Es ist doch wohl richtig, wenn wir, auch diejenigen unter uns, die vielleicht noch nicht Gelegenheit hatten, die Verhältnisse von damals genauestens zu überprüfen, uns darüber einig werden, daß viele, viele Tausende und Zehntausende keine große Schuld auf sich geladen haben.

Ich erinnere mich an den gestrigen Zuruf eines Kollegen von der rechten Seite, der lautete: „Und die armen Beamten!“ Dieser Zuruf wurde von einigen der Landtagsmitglieder nicht sehr günstig aufgenommen. Ich möchte dazu folgendes sagen: Gerade die Beamten waren doch zum Großteil diejenigen, die leichter gedrängt und gezwungen werden konnten, sich der Partei anzugliedern. Wenn die Redezeit nicht auf zehn Minuten beschränkt wäre, dann könnte ich Ihnen aus einer reichhaltigen Mappe Verfügungen der damaligen Reichsregierung vorlesen, die schon auf das Jahr 1933 zurückgehen, aus denen Sie ersehen könnten, daß schon 1933 z. B. für die Studierenden der Universität München der Zwang bestanden hat, zur SA zu gehen, daß einer in München nicht Student sein konnte, ohne der SA anzugehören. Das sind Tatsachen, die wir heute nicht von der Hand weisen können. Und so könnte ich auf Duzende von Verfügungen zurückgreifen, Verfügungen der Reichsbahn, der Reichspost, des Innenministeriums und dergleichen, aus denen immer wieder hervorgeht: der Beamte muß der Partei angehören, der Beamtenanwärter muß vorher geprüft sein, ob er Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen ist.

Ich möchte Sie bitten, mich keineswegs falsch zu verstehen, mir nur darin beizupflichten, daß geschichtliche Tatsachen, die nun einmal wahr sind, auch nicht veruscht werden sollen, und daß wir alle, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, dafür eintreten sollten, uns zu dieser Wahrheit zu bekennen und denjenigen, denen geholfen werden kann, auch möglichst zu helfen.

Seien wir ehrlich, meine Damen und Herren: Wenn ein Facharbeiter, ein Beamter, ein Lehrer, der — ich betone es noch einmal — nur nominelles Mitglied der NSDAP gewesen ist, nun aus diesem Grunde schon zwei Jahre nicht mehr in der Lage ist, zu arbeiten,

(Wimmer: Zu arbeiten ist er ja in der Lage, wenn er nicht krank ist! — Weitere Zurufe.)

so ist das an und für sich schon eine sehr große Strafe.

(Wimmer: Zu arbeiten ist er ja in der Lage!)

— Zu arbeiten ist er in der Lage in einem anderen Sinne, aber Sie werden doch zugeben, mein lieber Herr Kollege: Wenn ein Mann — ich wiederhole es noch einmal — nichts anderes getan hat, als daß er nominell Mitglied war, wenn er sich nicht aktiv

(Höllerer [WAB])

oder propagandistisch betätigt hat, wenn er nur ein zahlendes, stillschweigendes Mitglied war — nehmen wir an, er war Beamter! —, dann ist es schon eine ziemlich große Strafe, wenn er zwei Jahre aus seinem Beamtentum gerissen ist und vielleicht noch in Kauf nehmen muß, nicht wieder in das Beamtenverhältnis zu kommen. Das ist meines Erachtens für die Schuld, die er zu tragen und zu büßen hat, eine ziemlich harte Strafe.

(Zuruf von der SPD: Es gibt Hunderte, die den- noch nicht zur Partei gegangen sind!)

— Es gibt Hunderte, jawohl! Deshalb sagen wir auch immer, daß diesen Beamten und diesen Leuten, die trotz diesem Zwang und dieser Schwierigkeiten so standhaft geblieben sind, eine besondere Anerkennung zuzubilligen ist. Das ist ja selbstverständlich, das haben wir auch immer betont, und ich will es hier nochmals betonen.

Grundsätzlich möchte ich — ich will Sie nicht zu lange aufhalten — das eine sagen: Man soll, wie es von uns immer verlangt wurde, die wirklichen Nazi-verbrecher und Naziaktivisten ohne irgend eine Rücksicht strengstens bestrafen. Man sollte hier noch weiter gehen, als das Gesetz es erlaubt. Auf der anderen Seite soll man milde sein gegen diejenigen, die nichts weiter verbrochen haben, als daß sie nominell der Partei angehörten. In diesem Sinne ergeht mein Aufruf an alle, daß sie, wenn es zu Verhandlungen kommt, sei es zwischen Fraktionen oder mit der Militärregierung, der Wahrheit gemäß in diesem Sinne einwirken und die Tatsachen so schildern, wie sie sich damals in Wirklichkeit begeben haben. Ich glaube, daß nur durch die einheitliche Linie und nur durch ein Zusammenfassen aller Kräfte es möglich werden wird, auch das Kapitel der Entnazifizierung endlich einmal und bald abzuschließen.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Op den Orth.

Op den Orth (SPD): Meine Damen und Herren! Auch ich bedauere außerordentlich, daß es uns heute nur für zehn Minuten möglich ist, das richtig zu stellen, was eigentlich richtig gestellt werden müßte.

Auf Grund der Äußerungen des Abgeordneten Prechtel muß ich mich umstellen. Ich möchte den Damen und Herren des Landtags einen anderen Bericht zukommen lassen, und zwar einen Bericht über das Lager Hammelburg.

Seit Wochen wurden wir in Schweinfurt und Würzburg von den Wachmannschaften angegangen, die Zustände im Lager Hammelburg zu kontrollieren. Ich nahm dann einen Gewerkschaftssekretär mit und habe einen ganzen Tag bis nachts 12 Uhr in Hammelburg zugebracht mit dem Ergebnis, daß in Hammelburg die eigentlichen Gefangenen des Lagers nicht die Internierten, sondern die Wachmannschaften sind.

(Hört, hört!)

— Ich beweise Ihnen das.

Wenn Sie ins Lager Hammelburg hineinkommen und unsere Wachmannschaften sehen, dann denken Sie an Ihre Kameraden draußen in den Kriegsgefangenenlagern, die man zurückgelassen hat. Wenn Sie die Unterkünfte anschauen, dann werden Sie feststellen, daß Schweineställe und Ställe von Rennstall-

besitzern besser sind als die Unterkünfte für diese Menschen. Sie werden ferner feststellen, daß ungefähr 400 Wachmannschaften, deutsche Menschen, die angeworben wurden, um in Hammelburg die Wachen zu stellen, Konservenbüchsen aus den Schutthaufen geholt und ein Band durchgezogen haben, mit diesen Konservenbüchsen aus dem Schutt zur Küche gehen und sich Essen holen und daraus essen. Aus diesen behelfsmäßigen Behältern müssen diese Menschen essen! Ich habe mich gestern noch erkundigt, ob die Mängel abgestellt sind. Ich habe die Nachricht erhalten: Herr Op den Orth, es ist noch so, wie es im Monat März war, als Sie hier waren.

(Hört, hört!)

Demgegenüber stellen wir fest, daß die Internierten Pakete mit Eßgeschirr, Schüsseln, Tellern und Tassen heimgeschicken. Die 400 Menschen aber, die dort zur Betreuung dieser Internierten dort sind, essen aus Blechgeschirr. Meine Herren, ich lade Sie alle herzlichst ein, wenn Sie auch nur in etwa daran glauben, daß das, was ich Ihnen sage, nicht stimmen sollte: Gehen Sie nach Hammelburg hin und sehen Sie sich die Zustände dort an!

Vorher haben Polen da gelebt. Die Bevölkerung der Stadt Hammelburg sagt, daß es zu der Zeit, als Polen dort waren, besser gewesen sei. Die Bewachungsmannschaften gehen durch die Stadt, vier Kilometer entfernt, und durch die Dörfer und betteln um Essen; sie werden nicht satt. Der Gewerkschaftssekretär vom Bayerischen Gewerkschaftsbund, Esser, und ich, wir haben versucht mit einem Blechlöffel die Brühe aus diesen Konservenbüchsen zu genießen, zu probieren. Ich muß Ihnen sagen: Es ist mir alles von unten nach oben gekommen; es war mir nicht möglich, das zu probieren, und ich bin schon sehr viel gewohnt, ich war in Kurland, war in Gefangenschaft und habe das alles mit durchgekostet. Aber das, was wir da mit unseren Bewachungsmannschaften machen, ist eine Schande! Ich weiß nicht, wer verantwortlich ist.

(Staatsminister Lorig: Der Wirtschaftsminister!)

— Ob der Herr Wirtschaftsminister, der Herr Lorig oder sonstwer, das ist mir vollkommen gleichgültig. Mir geht es darum, daß 400 deutsche Menschen da oben wie Schweine verpflegt werden.

(Wimmer: Wem unterstehen die Internierungslager?)

Lorig: Dem Landwirtschaftsministerium!)

Berehrte Anwesende! Meine Gedanken gehen dahin, daß hier System darin liegt. Diese Gefangenenaufer-seher sind ja gefügig. Sie werden so gehalten, daß sie für ein paar Zigaretten — die Nazis haben ja mehr als diese Leute —, für ein Stückchen Brot und für sonstige Liebesgaben, die die Internierten ja ins Lager hereingeschickt bekommen, natürlich bestechlich sind und hie und da schon einmal ein Auge zukneifen. Anders kann ich mir die Zustände im Lager Hammelburg nicht erklären.

Die Bekleidung der Wachmannschaften? Unter aller Würde, noch vor vier Wochen! Wie es heute ist, weiß ich nicht; es sollen einige Kleidungsstücke angekommen sein. Vor vier Wochen liefen unsere Leute noch herum mit dem PW auf dem Rücken, mit dem Anzug, den sie aus der Gefangenschaft mitgebracht haben, sodaß die Internierten morgens beim Herauskommen der Wachmannschaften aus ihren schlechten Bretterbuden riefen: Da kommt die Garde Ehard, die Hoegnergarde, die Loriggarde!

(Op den Orth [SPD])

Können wir als Landtag da schweigen? Ist es nicht unsere Pflicht, wenn wir von der Not der kleinen Mittläufer in den Lagern sprechen, auch davon zu sprechen, daß in Wirklichkeit die Bewachungsmannschaften die Gefangenen sind, und nicht die Inter-nierten?

(Zuruf von der SPD: In Regensburg ist es nicht anders!)

In Anbetracht der 10 Minuten, die uns zur Verfügung stehen, will ich meinen Bericht nicht ausführlicher gestalten. Ich glaube, es genügt, darauf hingewiesen zu haben, daß hier Zustände herrschen, die zum Himmel schreien.

Etwas anderes! Dabei will ich dem Herrn Sonderminister Lorig nicht etwa nahe treten, im Gegenteil, ich habe ihm die besten Wünsche von unseren Schweinfurtern mitzuteilen, die alle begeistert waren; denn so ein Minister ist noch nicht dagewesen: Sie haben sich freundlicherweise einmal vor dem Podium verbeugt. Da haben die Schweinfurter gesagt, das ist ein Minister! Wenn der weggeht, der winkt noch jovial mit der Hand! So habe ich Ihnen also nur die besten Wünsche von Schweinfurt mitzuteilen. Nur sind die Schweinfurter an sich, das bringt die Metallindustrie mit sich, mißtrauisch. Es sind sehr intelligente Menschen in der Kugellagerfabrik, die hören auch all das, was in München gesagt wird. Dort ist auch die Pressekonferenz, die kürzlich, am 26. April, stattgefunden hat, bekannt geworden. Da hat der Herr Landauer die Frage gestellt — das ist Frage 134 —: Ist es richtig, daß in der Abteilung VI des Sonderministeriums eine Reihe von Stellen um- bzw. neu besetzt worden sind, und trifft es zu, daß Herr Minister Lorig dem Mr. Kraus erklärt hat, daß sämtliche Angestellte, die entlassen wurden, nur deshalb entlassen wurden, weil sich die Leute Fragebogenfälschungen hatten zuschulden kommen lassen, oder wegen Unfähigkeit? Der Herr Minister Lorig hat dann geantwortet: Es trifft nicht zu, in der Abteilung VI ist überhaupt niemand entlassen worden, entlassen wurde niemand, vielleicht nur einige Wachmannschaften.

Nun erregt das etwas Befremden, wenn man von einem Minister hört, daß tatsächlich niemand entlassen worden sei. Ich habe nämlich hier eine ganze Liste von Entlassenen, aber nicht nur von Wachmannschaften, sondern führenden Leuten. Vielleicht ist Herr Minister Lorig so freundlich und teilt uns mit, woher dieser Widerspruch kommt. Auch die Presse kommt ja in Verwirrung. Man wirft der Presse immer Falschmeldungen vor, aber man muß auch genau wissen: Kann die Presse in Zukunft alles das, was bei Pressebesprechungen gesagt wird, wirklich drucken? Stimmt das nun? Sie sagen, Herr Minister Lorig, es ist in Abteilung VI niemand entlassen worden. Hier aber habe ich diese Liste.

(Staatsminister Lorig: Wer ist entlassen worden?)

— Da ist das Protokoll!

(Staatsminister Lorig: Wer ist von führenden Leuten entlassen worden? Namen, bitte!)

— Wehrlein, Lagerleiter Moosburg,

(Staatsminister Lorig: Der ist doch nicht Abteilung VI, der ist ja Lagerleiter draußen!)

— Das gehört zur Abteilung VI, Herr Minister!

(Staatsminister Lorig: So, dann wissen Sie es besser!)

Matuschka, Verpflegsleiter; von Wurmb, Lagerleiter; Jagemeister, Abteilung VI, Chef der Lagerpolizei; Berger, Lohnbuchhalter; Fir, Lagerleiter Hammelburg; Schade, Transportleiter; Wiehe, Wachkommandoführer Augsburg, und Gebhardt.

(Staatsminister Lorig: Die sind doch nicht im Ministerium!)

Außerdem Ehrl, Lagerleiter Augsburg; Kirsch, stellvertretender Lagerleiter Augsburg; Koch, Verpflegsleiter. Sechs dieser Herren bekommen allerdings noch ihr Gehalt, obwohl sie keinen Dienst mehr tun.

Wie gesagt, Herr Minister, hier stimmt etwas nicht, ich weiß nicht, wo. Wir wollen Ihnen persönlich gar nichts; aber der Bericht hier von der Pressekonferenz sagt etwas ganz anderes als die wirklichen Tatsachen.

(Staatsminister Lorig: Die gehören aber nicht dem Ministerium an, Herr Kollege!)

— Die Leute gehören der Abteilung VI an.

Das war Punkt 1, den ich verpflichtet war, anzuführen. Etwas anderes! Wir wünschen dringend eine Aufklärung über den RD. Der Minister nickt mit dem Kopf. Sie sind in dieser Konferenz der Presseleute gefragt worden: Was ist mit dem RD? Der RD ähnelt dem SD, dem Sicherheitsdienst, der Bespitzelung, die wir früher bereits kannten, die manchen von uns an den Galgen gebracht hätte; die Leute legten einem Pistolen ins Haus und machten dann eine Hausdurchsuchung; der SD hat das gemacht; mit mir haben sie ganz andere Sachen gemacht. Deshalb sind wir als Demokraten mißtrauisch, wenn wir etwas vom RD hören. Der Herr Minister hat auf die Frage eines Pressevertreters in dieser Konferenz geantwortet: Der Kontrolldienst ist notwendig, um Fluchtversuche in den Lagern zu verhüten.

Ich muß jetzt die Frage an den Herrn Minister stellen: Hat es etwas mit der Verhinderung von Fluchtversuchen zu tun, wenn in der Abteilung Ernährung Herr Franz Aussprung und Herr Thomas Schloßl sind? Dient es der Verhinderung von Fluchtversuchen, wenn Sie z. B. auch den Herrn Fedchenheuer eingestellt haben? Dient es der Fluchtverhinderung, wenn Sie eine ganze Menge von Leuten einstellen, nach München bestellen, die überall hinkommen, aber nur nicht Kontrolldienst machen, die unsere Wachmannschaften in Aufregung bringen? Ich könnte Ihnen eine ganze Liste vorlesen.

(Staatsminister Lorig: Wir suchen noch viel mehr Leute!)

Ich glaube, die Abteilung VI müßte diese Leute kennen. Ich möchte den Landtag darauf aufmerksam machen, daß draußen in der Öffentlichkeit großes Mißtrauen herrscht über den RD, und seine Zusammensetzung.

(Staatsminister Lorig: Einige Zeitungsschreiber, ja, die haben das Mißtrauen!)

— Nicht die Zeitungsschreiber, Herr Minister!

(Zuruf: Der Herr Minister Lorig hat doch erklärt, daß er der Presse freundlich gegenübersteht! — Lorig: Der Presse, ja, aber nicht Lügnern!)

Hier heißt es:

Herrn Stundl,
Referat VI

München,
Ismaninger Straße 109

Sehr geehrter Herr Stundl!

Ich übergebe Ihnen anbei eine Liste von Personen,

(Op den Orth [SPD])

welche im Lager- und Polizeidienst der Interniertenlager eingestellt werden wollen. Es ist bei diesen Leuten noch gar nichts gemacht. Sie müßten also noch die Genehmigung der Militärregierung einholen.

Aus der Liste selbst ersehen Sie, für welche Tätigkeit die Herren durch den Herrn Staatsminister eingeteilt sind.

gez. Schulz
Ministerialreferent.

Nun folgt die Liste der Aufteilung. Es folgen immer zwei Namen, der Name des Empfohlenen und der Name des Empfehlers, der diesen Namen dem Herrn Minister empfiehlt. Die Parteizugehörigkeit steht meistens mit dahinter. Herr Minister, entschuldigen Sie, das ist ein Fehler, aber nicht meinerseits.

Thomaczek Hubert — empfohlen durch Dr. Zetschke, Hartmann Josef — empfohlen durch Drener, WAB, Reichmann Otto — empfohlen durch Niedermayer,

Tölz, parteilos, Wendorff Franz — empfohlen durch Willenz, Würzburg, parteilos,

Felker Franz — Verwandter von Lugmaier, bevorzugte Stellung geben,

Weigelmeier Mag — empfohlen durch Michling, WAB, Dippold Heinrich — empfohlen durch Köhlig, WAB.

(Staatsminister Lorig: Aber SPD-ler nennen Sie nicht, die im gleichen Monat eingestellt wurden!)

— Entschuldigen Sie. Ich will den Damen und Herren die Verlesung dieser langen Liste ersparen. Sie können bei mir Einblick in die Liste nehmen. Wenn das so ist, Herr Minister, daß hier von der WAB eine Polizei, ein RD aufgebaut wird, dann haben wir ein Recht, hier zu verlangen, daß Sie uns Rechenschaft geben. Das ist die Abschrift eines Originals.

Ich muß dann auf folgendes aufmerksam machen, und das interessiert unseren Finanzminister. Vielleicht ist es auch notwendig, daß sich der Justizminister um diese Dinge kümmert.

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter! Ich bitte, zum Schluß zu kommen!

Op den Orth (SPD): — Für neue Sachen werden ein paar Minuten zugegeben. Das ist so.

(Unruhe. — Rufe: Weiter, weiter!)

— Ganz kurz! — Ich habe hier vor mir Abschriften von Reisekostenrechnungen. Diese Reisekostenrechnungen stammen von Leuten, die noch nicht im bayerischen Staatsdienst angestellt sind; es sind Reisekostenrechnungen für Hin- und Rückreise nach München aus der Zeit vor ihrer Einstellung. Ich habe auch eine Vorschußliste hier. Jeder hat 150 Mark erhalten, hat aber seinen Dienst erst sechs Wochen später angetreten.

(Zuruf: Handgeld!)

Aus diesen Reisekostenrechnungen geht hervor, daß sie mit dem Vermerk: „Sachlich richtig, gez. Dittmar“ versehen sind. Ich habe aber einige dabei, die den Vermerk tragen: „Sachlich richtig“; gez. durch irgendeinen Ortsverein der WAB.

(Staatsminister Lorig: Falsch!)

3. B. Sollbeck, 64.80 Mark Reisekosten auf Anordnung des Sonderministeriums, Abteilung VI, gez. Höllerer, vom 5.2., zwecks Bewerbung um Einstel-

lung in die Lagerpolizei. Oder „Sachlich richtig; gez. Josef Kramer, Rempten, Herrengasse 10, Wirtschaftliche Aufbauvereinigung.“ — Dann: für Herrn Kurz 61 Mark, für Herrn Kurz 61 Mark, für Herrn Kurz 61 Mark. — Für Herrn Winkler, WAB, Hof, 80 Mark; sachlich richtig, gez. Dittmar. Reisekosten auf Anordnung des Ministers für Sonderaufgaben. Zweck: Persönliche Vorstellung von Interessenten“.

(Staatsminister Lorig: Ist Herr Dittmar wohl auch von der WAB oder von einer anderen Partei?)

I. Vizepräsident: Ich bitte nochmals, zum Schluß zu kommen.

Op den Orth (SPD): Ich bitte den Finanzminister und auch den Justizminister, sich einmal um diese Dinge zu kümmern. Wir brauchen nach den Unterlagen, die ich hier habe, dringend eine Kontrolle dieser Angelegenheit. Ich will nicht den Herrn Sonderminister dafür verantwortlich machen, möchte aber bitten, daß die Abteilung VI nachkontrolliert wird. Vor allen Dingen können wir als Demokraten nicht dulden, daß von der WAB eine Polizei aufgezo-gen wird. Wir können nicht dulden, daß ein RD aufgezo-gen wird, von dem man nicht weiß, welchen Zwecken er dienen soll. Einige Herren sind abW. — zur besonderen Verfügung — eingestellt worden. Sie haben Bescheinigungen bekommen, aus denen hervorgeht, daß jeder entlassen wird, der diesen beiden Herren nicht die notwendige Unterstützung gibt. Unterschriften sind diese Bescheinigungen von Herrn Meßmer.

(Zurufe.)

Aber die Herren in den einzelnen Abteilungen und in den Lagern wissen nicht, für was die beiden da sind und für was sie unterstützt werden sollen. Meine Herren! Das ist zu dunkel! Wir bitten, etwas mehr Licht in diese Angelegenheit zu bringen.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister Lorig.

Staatsminister Lorig: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade hieß es, daß die Wachmannschaften so schlecht dran seien und jetzt wird der Vorwurf erhoben, daß man den Wachmannschaften vor der Einstellung ihre Reisekosten zur Vorstellung ersetzt. Ich stelle fest: Es entspricht durchaus den vom Finanzministerium herausgegebenen Regularien, daß jemand seine Reisekosten und tatsächlichen Auslagen ersetzt bekommt, wenn er eingestellt wird und zu diesem Zweck aus ganz Bayern hierher kommen muß.

(Zuruf.)

Nein, entschuldigen Sie, es ist für niemand ein Fahrtkostenbetrag gezahlt worden, der nicht eine amtliche Ladung bekommen hat, sich vorzustellen, weil er auf sein Bewerbungsschreiben hin als Kandidat für irgendeinen Posten vorgesehen war.

(Zuruf: Die Ladungen waren von der WAB.)

— Nein, wir haben alle im ganzen Land Bayern aufgefordert, uns Kandidaten für alle möglichen Posten zu benennen. Das hat auch schon mein Vorgänger gemacht. Ich bekomme genau so Schreiben von einem Büro der SPD, als auch der CSU, oder von irgendeinem Abgeordneten, in denen uns Leute zur Einstellung empfohlen werden. Diese Bewerber lassen wir uns dann kommen. Mancher Abgeordnete dieses Hauses hat mir selbst schon Empfehlungen gebracht, den und jenen, sei es für eine Spruchkammer, sei es für den Lagerdienst usw. einzustellen.

(Staatsminister Lorig)

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich den Appell an alle Parteien dieses Hauses hier wiederholen, uns möglichst viele Leute für solche Posten zu schicken. Wir haben einen enormen Bedarf, namentlich an Lagermannschaften. Wir haben viel zu wenig Wachmannschaften, und das ist der Grund, warum wir so viele Wachkommandos nicht abstellen können. Im übrigen kann jeder diese Belege nachkontrollieren. Dittmar, der hier unterzeichnet hat, kommt nicht von der WW, sondern ist ein vom Polizeipräsidium München zu uns herübergekommener alter Beamter. Das nebenbei bemerkt.

Ich möchte Ihnen gleich erklären, daß wir die Kreise kennen, die da versuchen, zu intrigieren, namentlich gegen die Leiter der Abteilung VI. Deshalb kamen sogar schon Anzeigen. Der berühmte oder berühmte Schießerlaub in Nürnberg-Langwasser ist so ein Versuch. Diese Vorfälle wurden sogar durch das Justizministerium geprüft.

(Hört, hört!)

Sowohl! Das geschah mit unserem Einverständnis. Ich danke dem Herrn Justizminister Dr. Hoegner ganz besonders dafür, daß er raschestens einen Beamten seines Ministeriums nach Nürnberg-Langwasser geschickt hat. Es stellte sich heraus, daß die Vorwürfe völlig erlogen waren. Aber jetzt kommt das Interessante: Die Leute, die die Vorwürfe gegen den provisorischen Leiter der Abteilung VI, Herrn Meßmer, richteten und damit auch gegen mich selbst, sind nunmehr verhaftet worden; aber nicht durch mich, sondern durch den Polizeipräsidenten in Nürnberg, der sicher nicht der WW angehört. Ich habe hier ein Blitztelegramm aus Nürnberg vor mir. Diese Leute wurden vom Polizeipräsidenten in Nürnberg wegen schwerer Raubgiftverschickungen verhaftet.

(Zurufe: Unerhört!)

So liegen die Dinge! Weil wir eben in diese Sauerei Ordnung bringen wollen, werden wir von verschiedenen Seiten, die ein Interesse daran haben, dort die Korruption zu fördern, so heftig angegriffen. Diese Leute sind es, die Ihnen, sehr verehrter Herr Kollege Op den Orth, das falsche Material geliefert haben. Von der gesamten Lagerleitung Nürnberg-Langwasser war kein einziger bei der WW. Es ist die alte Lagerleitung, die am 30. April vom Polizeipräsidenten in Nürnberg wegen Beteiligung an Kokainverschickungen größten Umfangs verhaftet worden ist. So liegen die Dinge. Das sind die Leute, die ein Interesse daran haben, daß es in der Abteilung VI nicht ruhig werden kann.

Ich stelle fest: Was ich den Journalisten bei der Pressekonferenz am Samstag vergangener Woche sagte, ist absolut richtig. In der ganzen Abteilung im Ministerium ist niemand entlassen worden. Jetzt allerdings ist Herr Professor Gebhardt, der sich bei mir so sehr zugunsten der SS-Leute und der Gestapo eingesetzt hat, entlassen worden, weil ich da nicht mitgemacht habe. Aber die Leute, die Sie genannt haben, die Wehrlein usw., sind in den Lagern draußen und haben mit dem Ministerium so wenig zu tun wie z. B. ein Spruchkammervorsitzender oder ein Leiter einer Geschäftsstelle. Wenn Sie sich für den Herrn Wehrlein einsetzen wollen, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß Sie gründlich danebengetreten sind.

(Zurufe.)

Herr Wehrlein ist der Mann, der den großen SS-Bonzen Urlaub gegeben hat. Ich möchte das hier bekanntgeben. Wie hat er das gemacht? Er hat ihn in Form von sogenannten Arbeitskommandos gekleidet. Nun kommt das Netteste: Im Sonderministerium in der Königinstraße sitzt im ersten Stock der Minister und sitzen die Beamten und arbeiten. Und ein Stockwerk tiefer — ist der SS-General in Freiheit. Ein SS-General wurde von Herrn Wehrlein nach München geschickt, um dort angeblich Holz zu machen. Ohne Bewachung war dieser Mann in den Räumen des Sonderministeriums!

(Hört, hört!)

Herr Meßmer, den Sie vorhin so beschimpften, hat das aufgedeckt. Wir hatten gemeint, das sei ein Arbeiter der Firma, die das Holz liefert. Stellen Sie sich vor: Der SS-General in der Königinstraße! Gott sei Dank, daß wir das aufgedeckt haben. Wenn die Presse dahintergekommen wäre, dann wäre das eine nette Geschichte geworden.

(Zuruf: Wenn der den Sonderminister mitgenommen hätte! — Heiterkeit.)

— Ich hätte mich von dem SS-General nicht mitnehmen lassen. Diesen SS-Brüdern bin ich schon mehrfach ausgekommen. Aber es ist geradezu unerhört, was hier gemacht wurde. Das verstößt gegen das Regulativ der Militärregierung und deshalb ist Wehrlein abgesetzt worden.

Was den Lagerleiter in Augsburg, Herrn Ehrl, betrifft, so hat er acht Schweine schwarz geschlachtet.

(Rufe: Hört, hört! — Heiterkeit.)

Ich stelle fest, daß das Interniertenlager Augsburg eine Schwarzschlachtungszentrale gewesen ist. Acht Schweine! Und er beruft sich dann darauf, er hätte nichts davon gewußt, daß die Schweine gehalten und schwarz geschlachtet worden wären. Es sind genug Landwirte hier, die bestätigen können, daß man es hört, wenn es irgendwo Schweine gibt. Wenn sich der Lagerleiter so wenig um sein Lager gekümmert hat, daß er nicht einmal das Gringen der Säue hörte, dann hat er sein Lager sehr schlecht beaufsichtigt.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Ja, das sind wirklich keine Konzentrationslager. Das ist eine bodenlose Schlamperei zum mindesten des dortigen Lagerleiters Ehrl gewesen. Ich glaube, daß er sogar sehr gut von den Vorgängen gewußt hat. So stehen die polizeilichen Erhebungen, die nicht durch uns, sondern durch die Polizeidirektion Augsburg gemacht wurden. Diese Erhebungen haben ergeben, daß in dem Lager acht Schweine schwarz geschlachtet wurden; das hätte genügt, um ganz Augsburg mit einer Ration Schweinefleisch zu versehen.

Hier hat Herr Meßmer eingegriffen. Er hat einen der undankbarsten Posten des ganzen Ministeriums, und er arbeitet Tag und Nacht, um diesen Saustall nicht nur in Augsburg, sondern im übertragenen Sinne auch in den anderen Lagern auszumisten. An der Aufdeckung der Raubgiftverschickungen hat er einen ganz wesentlichen Anteil gehabt. Deswegen wird er natürlich von einigen Leuten gehaßt, die ein Interesse daran haben, ihre Lumpereien fortzusetzen. Das können wir aber nicht dulden.

Was das Lager Hammelburg betrifft, so haben wir dieses Lager erst vor kurzem übernommen. Es ist uns einige Wochen später, nachdem ich mein Amt

(Staatsminister Lörig)

angetreten hatte, von der Militärregierung übergeben worden und zwar ohne allem, was wir brauchen. Wir mußten plötzlich 30 Lastkraftwagen auftreiben, um nur die Lebensmittel liefern zu können.

Herr Op den Orth, Sie haben vollkommen recht — ich wiederhole es noch einmal — vollkommen recht, wenn Sie sich über die ungenügende Bezahlung, die ungenügende Bekleidung und Ausrüstung der Wachmannschaften beklagen. Wenden Sie sich bitte hier nicht an mich; denn ich selbst kann nur eines tun, nämlich immer und immer wieder an das Wirtschaftsministerium mit der Forderung herantreten: Geht uns Decken, Kleider, Eßgeschirre usw.! Das ist wirklich kein Vorwurf gegen den Kollegen Dr. Born. Er und seine Referenten erklären prompt darauf: Ja, woher nehmen und nicht stehlen, um das auf gut bayerisch zu sagen. Der Wirtschaftsminister hat ja selber nichts.

(Zuruf: Die SS-Generäle haben doch etwas!)

— Die SS-Generäle! Ich bitte Sie, wenn wir heute einem SS-General die Kleider wegnehmen würden, dann würde sich wahrscheinlich eine Zeitung finden, die von Diebstahl oder Raub sprechen würde, um damit dem bösen Lörig eins auszuwichen zu können.

(Heiterkeit und Unruhe.)

Ich stelle jedenfalls fest, daß weder Sie noch ich berechtigt sind, einem Internierten die Kleidung wegnehmen zu lassen, wenn wir nicht eine Anzeige wegen Diebstahls, Raubs oder Unterschlagung riskieren wollen.

(Zuruf.)

— Ich bitte Sie, sehr verehrter Herr Kollege, wenn Sie schon solche Zwischenrufe machen, dann erkundigen Sie sich vorher beim juristischen Referenten Ihrer Partei dahingehend, was man machen darf und was nicht.

(Zuruf: Welche Zeitungen?)

— Welche Zeitungen? — Diejenigen Zeitungen vielleicht, die gegen —

(Op den Orth: Antworten Sie klar und eindeutig!)

— Jawohl! Ich gebe Ihnen die Antwort! Der „Volks-wille“ ist es nicht! Seien Sie unbesorgt! Der „Volks-wille“ ist anständig redigiert. Das möchte ich gleich feststellen. Aber es kann diejenige Zeitung sein, die es sogar gewagt hat, einen Internierten des Lagers Moosburg, also einen Nazi, als Kronzeugen wegen der angeblichen Mißstände im Internierungslager gegen mich anzuführen. Das war entweder die „Süd-deutsche Zeitung“ oder der „Münchener Mittag“. Ich glaube mich aber nicht zu irren, daß es die „Süd-deutsche Zeitung“ war, die einen Internierten des Lagers Moosburg des langen und des breiten gegen mich zu Wort hat kommen lassen.

(Hört, hört!)

Soweit sind wir schon, daß solche Nazis bereits gegen einen bayerischen Minister zu Wort kommen dürfen und niemand sich darüber entrüstet. Man hat eben geglaubt, dem Lörig mit der Sache eins auszuwichen zu können. Diese Zeitung würde wohl sofort, und zwar in dem Falle auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen mit Recht, einen Antrag gegen mich stellen. Im übrigen laufen schon solche Anträge. Herr Fritzsche soll sich auch wegen Freiheitsberaubung an den Radi gewandt haben.

(Zuruf: Stand in der Zeitung!)

— Stand in der Zeitung! Ob es wahr ist, weiß ich

nicht. Ich sehe einer Klage des Herrn Fritzsche mit Ruhe entgegen. Ich habe mir nämlich gesagt, weder der Herr Fritzsche, noch Herr von Papen werden von uns eine Extrawurst bekommen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Dieser feine Herr soll mit den anderen in derselben Lagerabteilung sein und nicht eine Extrawurst gebraten bekommen. Das ist wahre Demokratie und ich glaube, darin werden Sie mir, meine sehr verehrten Kollegen von der SPD, auch zustimmen.

(Zurufe von der SPD: Unbedingt!)

Meine Damen und Herren! So sieht die Lage aus. Wir haben noch alte Lagerleitungen, die ihre Pflichten schwerstens verletzt haben. Was den Fall Nürnberg-Langwasser betrifft, so möchte ich von dieser Stelle aus allen Beamten der Abteilung VI und Herrn Meßmer ganz besonders dafür danken, daß sie mitgewirkt haben, den großen Rauschgiftsmuggel aufdecken zu helfen.

Ich wiederhole nochmals: Wenn Sie mir einen Weg zeigen, auf dem ich sofort ein paar tausend Kleidungsstücke bekommen kann, um sie der Wachmannschaft zu geben, so bin ich Ihnen außerordentlich dankbar. Es vergeht jetzt schon bald keine Woche, wo wir nicht entweder das Wirtschaftsministerium oder sonst eine Stelle mit der Bitte bestürmen, uns dieses oder jenes für die Wachmannschaften zu geben. Eines habe ich immerhin schon erreicht: daß ich aus unserem Fonds der Wachmannschaft eine etwas bessere Bezahlung habe zukommen lassen können. Es ist ja viel zu wenig, aber ich kann nicht über mehr verfügen, weil für Gehaltsfragen nicht ich, sondern das Finanzministerium zuständig ist.

(Zuruf: Was bekommen die Leute im Monat?)

— Die Leute haben DM VIII bekommen. Ich habe erreicht, daß sie durch unseren Sonderfonds wenigstens auf DM VII kommen. Nürnberg ist noch schlechter gestellt. Aber das liegt an den Dienstverträgen, die ich nicht ohne weiteres umkrempeln kann. Ich kann das nicht ändern, sonst kommt uns das ja noch teurer. Wir zahlen schon heute auf die Internierungslager drauf. Ich wollte schon so viele Wachkommandos abstellen. Die Militärregierung genehmigt sie mir nicht.

(Zuruf: Die KZler haben ihre Haft bezahlen müssen!)

— Jawohl! Dazu brauchen wir in einer Demokratie gesetzliche Handhaben und gesetzliche Grundlagen. Ich bin der erste, der Ihnen zustimmen wird, wenn vom Parlament aus entsprechende Vorschriften kommen. Das Parlament ist ja die einzige Stelle bei uns im Lande, die Gesetze machen kann.

Was die Lebensmittelsendungen in die Lager anlangt, so waren ich und auch der Leiter der Abteilung VI, Herr Meßmer, dafür, daß hier nicht ins Ungemessene Pakete über Pakete mit Schinken, Speck und Brot in die Lager geschickt werden dürfen. Das sollte an die armen Leute im Lager verteilt werden, die keine Zusendungen bekommen. Das sind nämlich die Harmlosen. Auch die Wachmannschaften sollten ihren Teil bekommen. Aber auch das dürfen wir nicht ohne weiteres. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß in allen Lagern ein Lageroffizier der Militärregierung aufgestellt ist, dem alle diese Maßnahmen zur Gegenzeichnung vorgelegt werden müssen. Wir haben auch nicht die Rationen in den Internierungs-

(Staatsminister Lortz)

lagern festgesetzt. Weder der Kollege Baumgartner noch ich sind dafür verantwortlich. Das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit feststellen. Wenden Sie sich also bitte nicht an die falsche Adresse.

Eines kann ich Ihnen jedenfalls zusichern: Die schlimme Lage der Wachmannschaften macht uns selbst die größte Sorge und wir tun alles, um Abhilfe zu schaffen. Aber wo nichts ist, hat sogar der Kaiser das Recht verloren und der bayerische Wirtschaftsminister dazu. Der Wirtschaftsminister kann uns keine Bekleidung liefern. Es ist schon etwas Großes, wenn wir einmal von einem Wirtschaftsamt 50 Anzüge bekommen. Es ist aber völlig ausgeschlossen, für Tausende von Wachmannschaften Kleidung herbeizuschaffen. Wenn Sie das nicht glauben, Herr Kollege Op den Orth, dann wenden Sie sich an den Herrn Wirtschaftsminister Dr. Jörn, dem Sie ja politisch besonders nahe stehen. Er wird Ihnen dann sofort schildern, wie die Dinge tatsächlich liegen. Sie sind schlimm genug; aber wir vom Sonderministerium können daran nichts ändern. Wenn wir Kleidung bekommen, werden wir sie sofort der Wachmannschaft zur Verfügung stellen.

(Wimmer: Wie ist die Ernährung der Wachmannschaft?)

— Die Ernährung der Wachmannschaften ist so, wie sie auf Grund der zugeteilten Rationen durchgeführt werden kann. Das hängt natürlich auch von der betreffenden Küche ab. Nicht in allen Lagern ist ein guter Koch. Wie Ihr Fraktionskollege, der Herr Vizepräsident Hagen, uns mitgeteilt hat, war das Essen im Lager Moosburg gut zubereitet. Er hat es selbst gesehen.

(Hagen: Sehr gut!)

— Sehr gut, sagt der Herr Präsident jetzt gerade. Ich stelle das fest. Nicht überall ist ein guter Lagerkoch; aber gerade Moosburg ist das Lager, für das wir jetzt wirklich die Verantwortung übernehmen können, weil dort ein guter Lagerleiter ist. Es ist nicht mehr der Wehrlein, sondern — erschrecken Sie nicht — in Moosburg ist tatsächlich einer von der WAB Lagerleiter!

(Zurufe.)

Erschrecken Sie nicht! Erschrecken Sie nicht!

(Heiterkeit.)

Es hat sich nämlich sonst keiner gefunden. Es ist ein Höllenposten mit einer undankbaren Arbeit. Wir haben aber in Moosburg nicht etwa einen Parteibonzen, sondern einen Fachmann, der in Niederbayern nach dem Zusammenbruch in einem Bezirk die Polizei aufgebaut hat und gelernter Polizeifachmann ist. Den haben wir auf diesem Posten gesetzt.

Im Lager Regensburg, in dem der Herr von Wurmb noch vor meinem Amtsantritt ausgerechnet auf Weihnachten einen schneidigen Reitermarsch zur Freude aller anwesenden SS-Generale kommandiert hat, ist ebenfalls ein neuer Lagerleiter eingesetzt. Er ist einmal ein geübter Verwaltungsfachmann, weil er zuvor Leiter eines Wirtschaftsamtes in der Oberpfalz war, und zum anderen ist er ein gelernter Polizeifachmann, weil er früher bei der Landespolizei tätig war. Eine solche Verbindung von Verwaltungs- und Polizeifachmann findet man nur sehr schwer.

Das sind jetzt unsere neuen Lagerleiter. In Nürnberg werden wir an die Stelle des bereits schwer belasteten Lagerleiters auch jemand anderen setzen müssen. Auch in Hammelburg halten wir uns, wenn es so

weiter geht und die Klagen der Wachmannschaften nicht verstummen, an den Lagerleiter. Wir wollen sehen, was dann bei den Untersuchungen herauskommt. In diesen Internierungslagern wurde zu Lasten der Lager- und Wachmannschaften fürchterlich geschoben. Das ist bereits durch die Ermittlungen festgestellt worden.

Nun zum letzten Punkt, zum RD. Dieser Kontrolldienst ist mit Zustimmung der Militärregierung eingerichtet worden. Ich stelle das ausdrücklich fest. Er hat nichts mit einem Polizeidienst irgendwelcher Art zu tun. Wenn ich Ihnen, Herr Kollege Op den Orth, eingeschriebene Mitglieder der SPD nennen soll, die im Kontrolldienst tätig sind, dann kommen Sie bitte nachher zu mir ins Büro. Ich werde sie Ihnen mit Freude benennen. Wir nehmen Leute aus allen Parteien. Ich bitte die SPD ganz besonders, daß sie uns in der nächsten Zeit möglichst viel Leute für den Kontrolldienst schickt.

(Sehr richtig!)

Was hat nun der Kontrolldienst zu tun? Dieser Kontrolldienst hat in Zivilkleidung in der Umgebung des Lagers die Leute zu kontrollieren, die des Wegs daherkommen. Es soll nicht mehr vorkommen, wie es im Lager Moosburg unter der famosen Lagerleitung des Herrn Wehrlein geschah, daß ein Trupp von 30 Leuten in geschlossener Formation aus dem Lager marschiert und nicht mehr dorthin zurückkehrt. Solche Dinge sind im Lager Moosburg passiert. Weiter muß der Kontrolldienst unauffällig alle Zustände im Lager überwachen und darüber direkt an die Abteilung VI berichten. Das ist dasselbe, was auch bei anderen Behörden geschieht. Fragen Sie bitte Ihren Parteifreund, den Herrn Polizeipräsidenten Pizer, ob er nicht auch manchmal seine Leute kontrollieren lassen muß. Derjenige, der sauber ist und nicht etwa Dreck am Stecken hat, hat durch eine solch unauffällige Überwachung gar nichts zu befürchten. Dieser Kontrolle unterstehen ja auch die Lagerleitungen.

(Zuruf: 22 Jahre sind die Burschen alt, die Sie da eingesetzt haben!)

— Es sind nicht alle 22 Jahre alt. Wenn aber ein Mann 22 Jahre alt ist und er steht schon seit ein paar Jahren im Polizeidienst und wird mir auf Grund seiner Dienstakten hervorragend qualifiziert, dann sehe ich nicht ein, warum ich ihn nicht verwenden soll. Sonst kommt mir ja auch gleich der Landesjugendausschuß und sagt: Lauter alte Kauschebärte habt ihr genommen und Leute, die schon einen Schlaganfall hatten; die Jugend aber wird überall hintangesezt. Das ist ein Argument, dem ich die Berechtigung nicht ganz absprechen kann. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, daß der Durchschnitt älter als 22 Jahre ist. Er ist aber noch nicht zu alt. Denn zum Kontrolldienst, der draußen bei Nacht und Nebel im freien Feld zu verrichten ist, bei dem stundenlang gewartet werden muß, ob nicht jemand nachts aus dem Lager schleicht, kann man keine Leute mit 60 Jahren brauchen.

Ich weiß nicht, ob der Herr Polizeipräsident Pizer 60 und 70 jährige zum Polizeidienst verwendet; ich glaube es nicht, so wie ich den Präsidenten Pizer kenne.

(Zurufe.)

Das ist dieser famose RD oder Kontrolldienst. Ich werde veranlassen, daß er künftig nicht mehr RD, sondern RD, Kontrollorgan heißt oder einen anderen schönen Namen bekommt.

(Staatsminister Lorig)

Der Kontrolldienst hat nichts mit Politik zu tun. Ich wiederhole, daß der weitaus größte Teil der Wachmannschaften nicht Mitglied der WAB ist, sondern nur ein Prozentsatz von ihnen, der weit hinter den 7 Prozent Stimmen zurückbleibt, die die WAB bei den letzten Landtagswahlen in Bayern durchschnittlich erzielen konnte. Sagen Sie es, aber, bitte nicht ausschließlich der Presse, sonst steht demnächst in den Zeitungen: Die WAB hält sich zurück bei der Besetzung mit Spruchkammervorsitzenden und ähnlichen Organen!

(Heiterkeit.)

Uns laßt ihr vorangehen und ihr wollt nur — —

(Wimmer: Lang genug habt ihr ja gebraucht!)

— Ganz richtig; Sie haben vollkommen recht, Herr Bürgermeister Wimmer: Lang genug haben wir gebraucht, bis wir uns etwas beteiligt haben! Erstens sind wir ja viel später als die anderen Parteien zugelassen worden — ich möchte nicht erwähnen, wer alles damals gegen unsere Zulassung intrigiert hat —, und zweitens habe ich seinerzeit auch wenig Vertrauen dazu gehabt, daß der Minister Schmitt alle möglichen Leute als Spruchkammervorsitzende usw. herangezogen hat. Auf die wichtigsten Posten sind nämlich Leute gekommen, daß Gott erbarm,

(sehr richtig!)

Leute mit sechs und sieben Vorstrafen, aber nicht solchen wegen Fahrens mit unbeleuchtetem Fahrrad, sondern wegen Diebstahls, Betrugs, Einbruchs und ähnlichen Verbrechen! Da haben wir uns allerdings nur sehr zögernd beteiligt, damit man nicht einmal sagen kann, daß wir bei einer solchen Geschichte auch mitgemacht haben.

Heute würden wir mit Begeisterung noch viel mehr Leute von der WAB heranziehen. Aber ich fürchte, daß daraufhin der Kollege Op den Orth wieder kommen und sagen könnte: Bei der letzten Vorstellung — wie sie nämlich jeden Freitag und Dienstag stattfindet — waren von 30 Anwesenden, die sich als Spruchkammervorsitzende und Kläger bewerben wollten, 20 von der WAB. Das möchte ich verhindern. Darum sehe ich zu, daß bei jeder neuen Vorstellung unter 30 Leuten höchstens zwei oder drei von der WAB sind. Wenn es mehr wären, würde mir das sofort wieder vorgeworfen werden. Aber wenn Sie, Herr Kollege Op den Orth, mir mündlich oder schriftlich erklären, daß ich bei einer einzigen Vorstellung von 30 Leuten 20 oder 25 WAB-Mitglieder nehmen darf, dann tue ich es mit Freuden. Das muß dann noch ein paarmal gemacht werden, um den Vorsprung der anderen Parteien einzuholen und ungefähr auf daselbe Niveau zu kommen. Wenn Sie nicht glauben, daß dieser Vorsprung besteht, dann gehen Sie, bitte, zur Militärregierung in das Zimmer von Mr. Hahn; dort sind die Tabellen, schön gezeichnet durch die Zeichner in unserem Amt. Darauf sehen Sie genau, wie klein der Anteil der WAB und wie groß der der SPD an Spruchkammervorsitzenden und allen anderen Beamten ist. Sogar die KPD,

(sehr richtig!)

die im Lande Bayern noch viel weniger Stimmen hat als wir, erscheint auf der Tabelle in der Pyramide bei weitem größer als das armselige Häuflein der bösen WAB.

(Heiterkeit.)

Die Spruchkammervorsitzenden und Beamten aber, die durch die WAB empfohlen worden sind, werden, wenn sie sich etwas zuschulden kommen lassen, gegenüber den Mitgliedern der übrigen politischen Parteien doppelt scharf bestraft. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Zuruf.)

Wenn ich diesen Leuten auch nur hinter eine Schieberei oder einen sonstigen Verstoß komme, dann garantiere ich Ihnen — —

(Zuruf.)

— Nein; sehen Sie, es ist sogar ein Parteibeschluß der WAB, daß wir den Leuten, die wir empfohlen haben, besonders scharf auf die Finger sehen, um mit ihnen nicht Unehre einzulegen. Ich glaube, jede andere Partei würde hier auch besonders empfindlich sein und daher genau so handeln. Hierzu kann ich Ihnen zu meiner Freude sagen, daß bei den von uns empfohlenen Männern noch kein Anlaß zum Einschreiten gefunden worden ist. Wenn Sie einmal etwas erfahren, dann teilen Sie es mir, bitte, umgehend mit; denn ich bin, wenn ich auch nur die geringste Beschwerde höre, sofort mit Disziplinaruntersuchungen bei der Hand. Das wollte ich zu dem sehr komplizierten Problem der Gewinnung von neuen Kräften für die Lagerleitungen und die Wachmannschaften sowie für die Spruchkammern bemerken.

Ich möchte nochmals einen Appell an alle Parteien dieses hohen Hauses richten: Wenn Sie geeignete Leute für die Wachmannschaften, die Lagerleitungen oder gar als Spruchkammervorsitzende oder öffentliche Kläger haben, dann teilen Sie es bitte raschestens der Abteilung I, Personalabteilung des Sonderministeriums mit. Ich bin für jede Kraft dankbar. Das Befreiungsgesetz kann nur dann gut und rasch verwirklicht werden, wenn es überparteilich, durch das einträchtige Zusammenstehen all derer durchgeführt wird, die dafür sorgen wollen, daß Hitler und seine Verbrecherbande nicht nochmals in anderer Form ans Ruder kommen können.

(Sehr richtig!)

Weil wir gerade auch aus Ihren Reihen so viele überzeugte Antifaschisten als gute Mitarbeiter bekommen können, bitte ich Sie: Teilen Sie uns alle mit, die gewillt sind, zusammen mit uns den schweren und dornenvollen Dienst im Sonderministerium zu übernehmen! Diese Bitte möchte ich nochmals an Sie richten. Stehen wir, bitte, ohne Rücksicht auf Parteigruppierung, alle zusammen und sorgen wir dafür, daß das Befreiungsgesetz innerhalb der Frist von einem Jahr, die wir uns gesetzt haben, zum Nutzen unseres ganzen Volkes durchgeführt werden kann! Darum möchte ich Sie ausdrücklich herzlichst bitten.

(Beifall bei der WAB.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Probst.

Dr. Probst (CSU): Meine Damen und Herren! Die amerikanische Schriftstellerin und Journalistin Dorothy Thompson richtete kürzlich an den Weltfriedensrat einen Aufruf mit der Bitte um Frieden. In diesem Aufruf sagt sie:

Wir Mütter sind die Hälfte des Menschengeschlechts. Wir wurden in diese Welt gestellt, um über die wahre Menschlichkeit zu sinnieren, sie auszubilden, sie anzuerziehen und sie zu schützen.

Und Dorothy Thompson fährt fort:

Wir Mütter sind die größte Internationale der

(Dr. Probst [CSU])

Welt. Wir sprechen die gleiche Sprache, von Tschunking bis Moskau und von Berlin bis New-York.

So erlauben Sie mir, mich heute dieser Sprache der Mütter zu bedienen, und im Namen der Frauen zum Problem der Entnazifizierung zu sprechen.

Gerade um der Frauen willen, die in den R3 Angeheures erduldet, um der Frauen willen, die Widerstand geleistet haben — und es ist Widerstand geleistet worden; ich sage das hier mit Nachdruck —, sind wir der Meinung, daß die Verbrecher des Nationalsozialismus, die Mörder unter uns, aus der Gemeinschaft des deutschen Volkes ausgetilgt werden müssen. Dies muß schnell und gründlich geschehen, und zwar schneller und gründlicher, als es noch im Augenblick der Fall ist. Taten, die auch zur Zeit ihrer Begehung gegen göttliches und menschliches Recht verstießen, sollen und müssen bestraft werden. Wir Frauen sind der Ansicht, daß diejenigen, die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in verbrecherischer Weise gefördert haben, in führenden Stellungen der Wirtschaft und der Verwaltung nicht verwendet werden können.

Wir fordern aber, meine Herren, ebenso entschieden, daß Gerechtigkeit geübt wird. Es darf nicht durch die Bestrafung begangenen Unrechts neues Unrecht gezeugt und damit neuer Haß gesät werden. Es darf hier nicht um Rache, sondern es muß um Recht gehen. Wir müssen den Mut haben, gegen jedes Unrecht offen und klar unsere Stimme zu erheben, damit nicht noch einmal die Furcht zur Mutter der Grausamkeit werde.

Der Sinn dieses Gesetzes ist, daß es uns befreien soll von der nationalsozialistischen Mißachtung der Einzelpersonlichkeit, der menschlichen Lebensrechte, der menschlichen Existenz. Die Würde der Einzelpersonlichkeit steht ja nach dem Willen der Verfassung heute wieder im Mittelpunkt unseres staatlichen Lebens. Der Reinigungsprozeß muß sich mit Ernst und sittlicher Verantwortung vollziehen; er darf nicht zu einem politischen Kampfmittel mißbraucht und zum Spielball zwischen den Parteien werden, so wie wir es in diesem Haus in der letzten Stunde wieder erlebt haben.

(Sehr richtig!)

Wir warnen davor, dieses Gesetz zu Zwecken politischer Propaganda zu mißbrauchen.

(Sehr gut!)

Wir sehen mit Sorge, wie in verhängnisvoller Auswirkung des Gesetzes eine Zerreißung und eine Selbstzerfleischung des deutschen Volkes sich abzuzeichnen beginnt,

(sehr gut!)

wie durch Denunziation und Diffamierung die Moral erneut untergraben wird,

(Zuruf: Die war ja noch nie vorhanden!)

wie eine allgemeine Rechtsunsicherheit in einer Weise um sich greift, die den Aufbau der Demokratie überhaupt in Frage stellt.

Die erste Voraussetzung ist nicht Automatik und formaljuristische Handhabung der Bestimmungen, sondern individuelle Gerechtigkeit. Das Statut und das Urteil des Nürnberger Internationalen Militärgerichts hat eine über den Nürnberger Prozeß weit hinausgehende Bedeutung, die noch in keiner

Weise genügend ausgeschöpft ist; hierin liegt nämlich der Beginn der Formulierung eines neuen Weltrechts und liegen vielleicht sogar die ersten Anzeichen eines neuen Weltstaates. Das Nürnberger Urteil rückt von dem Begriff einer Kollektivschuld und damit auch von einer Kollektivbestrafung ab. Soweit der Gerichtshof gewisse Organisationen als verbrecherisch erklärt, stellt er ausdrücklich fest, daß diese Erklärungen sich nicht ohne weiteres auf die einzelnen Mitglieder erstrecken. Bisher aber sind aus der Realität des Nürnberger Urteils weder hinsichtlich der automatischen Arreste noch bezüglich des Säuberungsverfahrens die folgerichtigen Schlüsse gezogen worden. Es sollte jetzt kein Platz mehr sein für die Schuldvermutung, die auch im Kontrollratsgesetz Nr. 38 bereits fallen gelassen wurde. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Beweislast für die Schuldlosigkeit nicht beim Betroffenen liegen darf. Unserem Rechtsempfinden nach muß der Kläger das Für und Wider prüfen. Die Beweislastverlagerung führt nämlich dazu, daß entgegen der internationalen Strafrechtsgepflogenheit der Täter mangels Beweises nicht freigesprochen, sondern verurteilt wird. Die anonymen Ermittlerberichte sollten durch Beweisaufnahme erhärtet werden.

(Sehr richtig!)

Schon im Laufe dieser Debatte wurde die automatische Einstufung sowohl des Aktivisten, als auch des kleinen auf dem Lande tätigen Amtswalters in Gruppe II wiederholt als falsch gekennzeichnet.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß nach einer Pressenotiz in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15. April in Hessen das Befreiungsministerium im Einvernehmen mit der Militärregierung mitgeteilt hat, daß Blockwalter der NSB, die nicht zugleich Parteigenossen waren, allein wegen ihrer Betätigung in der NSB nicht zu den vom Gesetz Betroffenen gehören, also auch nicht unter das Beschäftigungsverbot fallen. Ich möchte hier anregen, daß eine ähnliche Regelung auch für die Blockwalterinnen der Frauenschaft, soweit sie nicht Pg oder Aktivistinnen waren, getroffen wird. Ich denke dabei an den Fall einer Lehrerswitwe aus meinem Kreis, die als Antinationalsozialistin dieses Amt nur übernommen hat, um Schlimmeres zu verhüten, und die jetzt mit drei Kindern ohne Versorgung ist und vergeblich auf ihr Spruchkammerurteil wartet. Ich verweise ferner auf die vielen Fälle von Lehrern und Lehrerinnen, die ein Führeramts in der HS auf Bitten der Eltern nur deshalb annahmen, um die Jugend nicht aus der Hand geben zu müssen.

Ich komme nun zu einem wesentlichen Punkt, nämlich der Tatsache, daß das Gesetz in die Hand der Parteien und zugleich in die Hand von Laien gelegt worden ist. Dies ist eine Quelle großer Beunruhigung in unserem Volk; jeder Abgeordnete wird mir das bestätigen. Hierin, meine Damen und Herren, liegt eine der tiefsten Ursachen für die Vergiftung unseres öffentlichen Lebens.

(Sehr wahr!)

Die Entnazifizierung als Abschußfeld im Verein mit rache- und gewinnlüstiger Denunziation auf der einen und Korruption, Bestechlichkeit auf der anderen Seite: Daraus entsteht der politische Dschungelkampf, auf den Herr von Knoeringen mit Recht hingewiesen hat und den wir rücksichtslos ausmerzen müssen. Unser

(Dr. Probst (CSU))

Volk darf nicht im Namen der Entnazifizierung in einen unblutigen Bürgerkrieg gestürzt werden.

(Sehr richtig!)

Die automatische Einstufung und die automatische Haft müssen in möglichst kurzer Zeit überwunden werden. Die Lagerspruchkammer des in meinem Stimmkreis liegenden Lagers Hammelburg hat vom Beginn ihrer Tätigkeit im Februar 1947 bis zum 25. April insgesamt 30 Fälle behandelt.

(Hört!)

Es wird Sie interessieren, daß unter diesen 30 Fällen als Betroffene einer in Klasse I, 6 in Klasse II, 12 in Klasse III und 8 in Klasse IV kamen; fünf von den beiden letzten Klassen fielen unter die Jugendamnestie. Drei Lagerinsassen wurden als vom Gesetz nicht betroffen erklärt. (Hört!)

Diese Mitläufer und Nichtbetroffenen sind nun schon seit zwei Jahren mit Naziaktivisten zusammen in Haft,

(Zuruf: Nicht durch uns!)

unter deren Terror sie auch noch zu leiden hatten. Ich gebe hierbei dem Herrn Kollegen Dr. Orth, der ja auf diese Dinge hingewiesen hat, völlig recht. Sie haben unter monatelanger Brief- und Postsperrung gelitten; ihre Angehörigen wußten monatelang nicht, wo sie überhaupt sind. Sie hatten nicht die Möglichkeit, ihre Verteidiger zu sprechen oder sich Beweismaterial zu verschaffen. In diesem Lager befanden sich Kriegsblinde, an beiden Beinen Amputierte, Schwerleidende und Greise

(Staatsminister Lorig: Sie sind durch uns schon herausgekommen!)

die jetzt zwar entlassen sind, Herr Minister, aber teilweise immer noch darauf warten, daß ihre Urteile rechtskräftig und bestätigt werden.

(Staatsminister Lorig: Das hängt nicht von uns ab!)

— Ich weiß es, Herr Minister; trotzdem werden wir darauf zu sprechen kommen müssen. Im Lager Hammelburg befinden sich 90 Internierte, die nicht dem automatischen Arrest unterliegen, sondern wegen Fehlens eines Haftgrundes von CIC ausdrücklich freigegeben worden sind. Sie sollen aber nicht entlassen werden, bevor nicht auch ihre Verhandlung vor der Lagerspruchkammer durchgeführt ist. Dieses Verfahren bedeutet für die Betroffenen viele Monate weiterer Haft. Vergessen Sie nicht, daß diese inhaftierten Mitläufer und Nichtbetroffenen Familien und Kinder haben, die oft nicht belastet sind und denen, soweit es sich bei den Internierten um Beamte oder Angestellte handelt, jeder Gehalt und die Pension gestrichen ist. Sie beziehen von keiner Seite irgendeine Unterstützung und sind, aus ihren Wohnungen gewiesen, heute der bittersten Not preisgegeben.

Damit komme ich zur Kernfrage meines heutigen Referats, nämlich der Auswirkung dieser offensichtlichen Mängel der Entnazifizierung auf die nichtbelasteten Frauen und Kinder von Mitläufern und nur Leichtbelasteten.

(Zuruf: Und die Frauen der 30 000 Kriegsblinden?)

— Meine Herren, wir wollen keine Rache, wir wollen Recht! (Sehr richtig! — Zurufe.)

Ich möchte hier nochmals eindringlich auf das brennende Problem der als Mitläufer betroffenen Be-

amten hinweisen. Auch hierzu darf ich Ihnen einige Zahlen nennen. Welche Opfer bringt der Mitläufer-Beamte im Vergleich zu dem Angehörigen eines freien Berufes, der ja nur in seltenen Fällen aus seiner beruflichen Tätigkeit entfernt wurde und der meist nur seinen Sühnebetrug zu leisten hat. Der Beamte, der einem ungleich stärkeren Druck als der Angehörige eines freien Berufes ausgesetzt war,

(sehr richtig!)

ist heute doppelt bestraft: Er hat nicht nur die Sühne zu leisten, sondern ist darüber hinaus durch den Entzug von Gehalt und Pension einer schweren Disziplinarbestrafung ausgesetzt.

(Sehr richtig!)

Es werden ihm hier „wohlerworbene Rechte“ im Sinne der Weimarer Reichsverfassung und der jahrzehntelangen Rechtsprechung des Reichsgerichts entzogen. Wie wirkt sich das nun in der Praxis aus? Ich kenne eine ganze Reihe von Fällen; ich will Ihnen nur einen einzigen davon herausgreifen. Es handelt sich um einen Steuersekretär. Er ist 37er Pg., ist 1935 sogar aus der SA ausgetreten, war außerdem noch in der NSB und im Reichsbund der Deutschen Beamten; nach der Urteilsbegründung war er ein ortsbekannter Gegner des Nationalsozialismus. Er ist seit dem 26. November 1945 unter Fortfall von Gehalt und Pension entlassen; sein Verlust beträgt bis heute einschließlich 2000 Mark Sühne ungefähr 7000 Mark. Diese 7000 Mark bedeuten für den kleinen Beamten und seine Familie bei weiterer Fortdauer der Arbeitslosigkeit den Ruin seiner Existenz.

(Sehr richtig!)

Das ist kein Einzelfall, meine Damen und Herren!

(Wimmer: Wie alt ist der Mann?)

— Das kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen.

(Zuruf: Kann er nicht mehr arbeiten?)

Von 3 463 Beamten des Oberfinanzbezirks München z. B. sind nur 100 Beamte vom Gesetz nicht betroffen; 58,4 Prozent sind entlassen. Das ist in einer einzigen Verwaltungssparte in einer einzigen bayerischen Stadt! Es handelt sich hier um insgesamt Tausende von Menschen. Es ist das ein Problem, das die breite Masse unseres Volkes betrifft.

I. Vizepräsident: Frau Abgeordnete, ich bitte zum Schluß zu kommen.

Dr. Probst (CSU): — Ja, ich komme zum Schluß.

Dann möchte ich eindringlich auf die Entnazifizierung der Wohnräume hinweisen.

(Sehr richtig!)

Der Entzug des Wohnungshauptmietrechts wird unter völliger Mißachtung der Art. 16 und 17 des Befreiungsgesetzes, wonach Wohnungsbeschränkungen nur für Betroffene vom Minderbelasteten ab zulässig sind, gegen jeden Parteigenossen ohne Rücksicht auf den Grad seiner Belastung durchgeführt.

(Zuruf: Durch die Wohnungsämter!)

Die Wohnungsämter stehen vielfach auf dem Standpunkt,

(Zuruf: Leider!)

daß auch Entlasteten und von der Spruchkammer als Mitläufer bezeichneten Pg das Hauptmietrecht zu entziehen ist.

Das gleiche gilt für die Beschlagnahme von Möbeln. In mir bekannten Fällen wurde hierbei

(Dr. Probst [CSU])

vollkommen willkürlich verfahren. Auch auf diesem Gebiet beobachten wir den Dschungelkampf; auch hier haben wir diese gemeinen Denunziationen, die den eigennützigen Zweck verfolgen, sogenannte Nazimohnungen für sich zu erobern, gleichgültig, ob mit Recht oder nicht.

(Sehr richtig!)

I. Vizepräsident: Frau Abgeordnete, ich bitte zum Schluß zu kommen.

Dr. Probst (CSU): — Ich darf das hohe Haus noch um einige Minuten Redezeit bitten; ich habe meine Wortmeldung vor Wochen schon einmal zurückziehen müssen. Ich möchte Sie bitten, mich zu Ende sprechen zu lassen.

Wenn sich diese Vorgänge auch auf Siedlungshäuser erstrecken, so ist das außerdem vom Ernährungsstandpunkt bedenklich.

(Sehr richtig!)

Von diesen Maßnahmen der Wohnungsbeschlagnahme werden aber gerade wieder die Familien der Mitläufer und Entlasteten betroffen. Am schwersten trägt daran die oft nicht belastete Frau, der das Heim alles bedeutet. Es entsteht der groteske Zustand, daß die Frau eines kleinen Mitläufers aus der Wohnung gewiesen wird, während die Frau eines Kriminellen, z. B. eines Raubmörders,

(sehr richtig!)

die Untat ihres Mannes nicht durch Wohnungsentzug mitbüßen muß. Hier, meine Damen und Herren, gerät die Entnazifizierung in einen gefährlichen Zirkel; hier wird gerade wieder die Sippenhaftung geliebt, die man der nationalsozialistischen Rechtspflege so sehr zum Vorwurf macht. Ich halte es für meine Pflicht, auf die Folgen hinzuweisen, die sich daraus für die Kinder ergeben.

(Zuruf: Die Nazis haben doch das Wohnungselend verursacht!)

Ich möchte auch hierzu Dorothy Thompson zitieren, die gesagt hat:

Wir aber, die wir Mütter sind, wir kennen keine feindlichen Kinder.

I. Vizepräsident: Frau Abgeordnete, ich bitte jetzt Schluß zu machen.

Dr. Probst (CSU): — Ich bitte Sie, mich zu Ende sprechen zu lassen; ich bin in drei oder fünf Minuten fertig.

I. Vizepräsident: Nein; Sie haben jetzt schon 20 Minuten gesprochen!

Dr. Probst (CSU): Im Namen der nicht belasteten und vom Gesetz nicht betroffenen Frauen bitte ich Sie, meine Herren, bei den juristischen und gesetzgeberischen Maßnahmen die seelischen und moralischen Auswirkungen zu berücksichtigen, die sich aus einer nur formaljuristischen Handhabung von Bestimmungen auf die Frauen ergeben. Ich bitte Sie, zu bedenken, welche Nervenbelastung und lähmende Sorge, wieviel würgende Existenzangst die Frauen und Mütter durch die Entnazifizierung durchleben, wie groß ihre Verzweiflung sein muß, die sie in vielen Fällen zum Selbstmord treibt. Meine Herren, es sterben werdende Mütter, weil nicht genügend Ärzte zur Verfügung stehen!

Darum bitten wir Frauen im Namen der Menschlichkeit um einen möglichst beschleunigten Abschluß der Entnazifizierung.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Noske.

Noske (WV): Meine Damen und Herren! Im Chor der Stimmen zu der Entnazifizierung darf auch der Flüchtling nicht fehlen. Im vollen Bewußtsein dessen, daß ich einer bin, und obwohl ich heute zum ersten Male nach meiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft hier in einem Zivilanzug bin, möchte ich folgendes sagen: Wenn die Begriffe Demokratie und Menschlichkeit der Gegensatz zu Faschismus und Nationalsozialismus und Militarismus sind, dann hat ein positiver Antifaschismus in den Darlegungen des Herrn Vizepräsidenten vom Freitag der vorigen Woche einen beredten und kräftigen Ausdruck gefunden.

(Sehr gut!)

Das sage ich besonders eben als ein Flüchtling; denn wir sind durch das, was wir durchmachen mußten und noch zur Zeit zu tragen haben, in dieser Beziehung besonders hellhörig geworden. Ich weiß, daß wir noch 600 Flüchtlingslager haben. Ich kann aber zugleich sagen, daß bei mir zuhause bei meiner Familie in zwei Garnituren gegessen werden muß, weil wir nicht genügend Geschirr haben. Wir sind sehr empfindlich und sehr hellhörig, wenn wir Dinge vorgetragen bekommen, die vielleicht nur paragrafisierte Gegensätzlichkeiten sind, demagogische oder irgendwie parteipolitische Empfindungen ausstrahlen lassen. In dieser Zeit von Fischbacheriaden eingestandener und uneingestandener Art sind wir für solche Töne der Menschlichkeit ganz besonders dankbar, und aus diesem Grunde freue ich mich, feststellen zu können, daß durch eine vernünftige Handhabung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus auch die Flüchtlinge etwas vorwärtsgekommen sind, und zwar so, daß vielleicht drei Viertel von ihnen endlich die Frage beantwortet bekommen haben, ob sie nun wirklich gleiche Rechte und gleiche Pflichten wie die anderen haben, ob die Möglichkeit zu ihrer Eingliederung praktisch nun gegeben ist.

Wie war der Zustand? Wir warteten und warteten Monat um Monat, bis dann endlich mit der Neubefragung des Sonderministeriums frischer Wind aus Kanada in die entsprechenden Abteilungen des Ministeriums gekommen ist und die große chinesische Mauer langsam abzutragen begann, die gebildet war aus den sauber verschnürten Paketen mit Meldebogen der Flüchtlinge. Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus war auf dem besten Wege, ein Gesetz zur Befreiung von der unangenehmen Konkurrenz der Neubürger zu werden. Auch aus diesem Grunde sind wir besonders dankbar, daß sich die Dinge gewandelt haben.

Zur Nuganwendung für die Allgemeinheit, vielleicht auch als freundliche Aufforderung an die Presse bei Belehrung oder bei Bildung der öffentlichen Meinung möchte ich auf folgendes hinweisen: Wenn jemand praktisch entnazifiziert ist, d. h. innerlich wirklich ergriffen und umgeformt ist, dann sind es zweifellos die Ausgewiesenen, die die Arbeitsweise, die Wirkung, die Grundhaltung der totalitären, der unmenschlichen politischen Auffassung am eigenen Leibe erlebt haben, und wenn jemand wirklich geküht hat,

(Moske [WAB])

dann ist es eben der Ausgewiesene, der ja den Verlust all dessen zu verbuchen hat, was einem Menschen überhaupt teuer ist. Weiter möchte ich sagen, daß verschiedene Wertungen in Bezug auf die Ausgewiesenen erfolgen müssen. Insbesondere bei den Auslandsdeutschen und den Sudetendeutschen sind die Verhältnisse erheblich anders gelagert. Die Sudetendeutschen sind zum Teil sicher unter dem Begriff „Hineingetriebene“ zu verbuchen, denn sie sind es durch förmliche Überführung der Sudetendeutschen Partei durch Henlein in die NSDAP, und die Sudetendeutsche Partei war ein Zusammenschluß zur Behauptung des Deutschtums inmitten einer anders gerichteten Umgebung.

(Widerspruch.)

Als Drittes möchte ich Ihnen auch noch sagen,

(Zurufe.)

— Einen Moment, meine Damen und Herren! Bitte lassen Sie mich doch auch etwas sagen —

(Widerspruch. — Zurufe. — Glocke.)

daß die russische, die polnische, die tschechische Verwaltung zum Teil schon eine saubere Auslese mit durchgeführt haben. Das soll keine Generalentschuldigung sein, soll aber einen verstandesmäßigen Beitrag auch zu einer menschlichen Auffassung gegenüber diesem Teil der Bevölkerung bedeuten, der sich wahrhaftig nicht über allzu menschliche Auffassungen beklagen braucht.

Ich freue mich, noch einmal feststellen zu können, daß die Frage der Entnazifizierung der Flüchtlinge vorwärts gekommen ist und hier die Stimmen der Menschlichkeit laut geworden sind, die wir dringend brauchen. Ich würde mich auch freuen, wenn bei einer Debatte über das Flüchtlingsgesetz oder bei den Ausführungsbestimmungen eine ähnliche Grundhaltung in Für und Wider vernehmbar wird.

(Beifall bei der WAB.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Marr.

Marr (SPD): Meine Damen und Herren! Angehts der Kontroverse zwischen dem Herrn Minister Lorig und der Presse, die in der letzten Zeit das öffentliche Leben so stark beschäftigt hat, war das allgemeine Interesse an einer weniger polemischen als sachlichen Klarstellung außerordentlich stark. Diese sachliche Stellungnahme ist nun offenbar erfolgt und zwar in einer Weise, die in wichtigen Punkten manche Unklarheiten und manche Widersprüche, nämlich in Zahlenangaben, offen läßt, Widersprüche und Unklarheiten, die auch ein gewisses Maß an Mißtrauen durch die Presse verständlich machen und rechtfertigen, abgesehen davon, daß man Unklarheiten nicht dadurch aus der Welt schafft, daß den an einer Aufklärung Interessierten unlautere Motive unterschoben werden.

(Staatsminister Lorig: Wer hat mir Motive unterschoben?)

Gerade ein Minister sollte gewisse Grenzen in seinem öffentlichen Auftreten wahren.

(Staatsminister Lorig: Habe ich! Und sich dann anpöbeln lassen von Ihren Freunden, gelt!)

— Herr Staatsminister Lorig, Sie haben die Möglichkeit, auch die böswilligste Verleumdung in einer sach-

lich korrekten, aber gründlichen Art und Weise zu widerlegen.

(Staatsminister Lorig: Nein, habe ich nicht!)

Es ist notwendig, namentlich das Gebiet der Entnazifizierung mit einer eindeutig aufrichtigen und in jeder Weise klarlegenden Tendenz zu behandeln und durchzuführen,

(Staatsminister Lorig: Ist das nicht geschehen?)

die jeden Verdacht ausschließt, daß hier in der einen oder anderen Weise politische Geschäfte gemacht werden.

(Zuruf von der WAB: Da protestiere ich dagegen!)

— Meine Damen und Herren, ich habe gesagt: die jeden Verdacht ausschließt. Herr Lorig, ich bitte Sie, genau zuzuhören, ich drücke mich eindeutiger aus als das wahrscheinlich in Ihren Ausführungen zum Ausdruck kommt, die ich nachher als Widersprüche aufdecken werde. Wer das Gebiet der Entnazifizierung zur Grundlage parteipolitischer Propaganda macht,

(Zurufe: Sie!)

— ich bitte Sie, genau zuzuhören, Herr Lorig! —, begeht ein Verbrechen am deutschen Volk

(sehr richtig! bei der SPD.)

und an den Betroffenen, weil diese damit in einer Weise, die nicht mehr zu verantworten ist, das Gefühl für ihre Mitschuld verlieren, am deutschen Volk, weil es damit gegenüber den anderen Völkern den Beweis schuldig bleiben würde, daß es daran interessiert ist, reinen Tisch zu machen.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Nun zu den Unklarheiten und Widersprüchen! Herr Staatsminister Lorig erwähnt in seiner Rede vom 25. April hier im Landtag:

Als ich mein Amt am 2. Januar dieses Jahres übernahm, hatten wir in Bayern noch so gut wie gar keine Vorarbeiten für die Riesenzahl von Akten und Meldebogen durchgeführt, die bei den einzelnen Spruchkammern lagern.

An anderer Stelle seiner Rede heißt es — ich höre die Bestätigung des Herrn Staatsministers Lorig —:

Als ich mein Amt übernahm, waren von 6,2 Millionen Akten erst rund 150 000 grob vorbehandelt. Über 6 Millionen Akten waren noch nicht grob vorbearbeitet.

— Demgegenüber sagte in der gleichen Sitzung der Staatssekretär Dr. Pfeiffer:

Bis zu jenem Tag

— bis zum 31. Dezember 1946 —

waren rund 6,2 Millionen Meldebogen eingereicht Diese 6,2 Millionen Meldebogen verteilten sich auf rund 200 Geschäftsstellen, so daß also jede Geschäftsstelle mit ca. 30 000 Meldebogen im Durchschnitt belastet war. Bis zum 31. Dezember 1946 waren also nach Ausweis der sehr eingehenden Statistik die Meldebogen grob sortiert nach männlichen und weiblichen Betroffenen, und es war dabei auch die interessante Feststellung gemacht, daß die Zahl der Frauen, die Meldebogen eingereicht hatten, um nahezu eine Million höher war als die Zahl der Männer, die Bogen eingereicht hatten.

(Zurufe des Staatsministers Lorig.)

— Ich bitte Sie, sich zu gedulden, es kommt noch besser, Herr Lorig. — Ich möchte einen Teil der Aus-

(Marr [SPD])

föhrungen des Herrn Staatssekretärs jetzt auslassen und auf das Wesentliche kommen.

(Zurufe.)

— Sie sollen nun nicht den Eindruck bekommen, als ob wir hier unsererseits etwas verschweigen würden.

Die Zahl der vom Gesetz nicht Betroffenen betrug gemäß der Feststellung des Staatssekretärs Dr. Pfeiffer nach dem Stand vom 31. Dezember 1946 etwas über 1,8 Millionen.

(Staatsminister Lorig: 1,5 Millionen!)

— Ich zitiere den Stenographischen Bericht. Staatsminister Lorig machte damals denselben Zuruf: 1,5 Millionen. Darauf erwiderte Staatssekretär Pfeiffer:

Dann ist die amtliche Statistik von damals, die auch dem Ministerpräsidenten übergeben wurde, falsch, dann ist sie nachträglich geändert worden. Ich kann mich nur auf die Zahlen stützen, die noch unter meiner Verantwortung bei der Militärregierung abgegeben und die von der statistischen Abteilung des Sonderministeriums auch beim Ministerpräsidium abgegeben wurde. Das waren 1,8 Millionen und etwas darüber an Entscheidungen, die im Sinne des „nicht betroffen“ gefällt wurden.

Meine Damen und Herren! Nachdem Staatssekretär Dr. Pfeiffer Rechenschaft über die von ihm als Sonderminister geleistete Arbeit gegeben hatte, ergab sich folgende Kontroverse: Er sagte, daß 2,1 Millionen von 6,2 Millionen Fällen erledigt oder vorbereitet waren, also ein Drittel dieser Vorarbeit geschehen war. — Ich bitte Sie, Herr Minister Lorig, damit mir keine Unklarheiten in Bezug auf die Wiedergabe des stenographischen Protokolls entstehen, genau zuzuhören! Auf die Feststellung Dr. Pfeiffers, daß ein Drittel dieser notwendigen Vorarbeit bereits geschehen war, machte Staatsminister Lorig den Zuruf: „Aber nicht alle Vorarbeiten!“ Staatssekretär Dr. Pfeiffer entgegnete auf diesen Zuruf: „Das habe ich nicht gesagt!“

Der Dialog ging dann weiter:

Staatsminister Lorig: Sehen Sie!

Staatssekretär Dr. Pfeiffer: Verzeihen Sie, Herr Kollege Lorig, das ist die Antwort auf Ihre Ausführungen, daß so gut wie nichts geschehen war.

Staatsminister Lorig: Das habe ich nicht gesagt!

Staatssekretär Dr. Pfeiffer: Den Wortlaut können wir aus dem stenographischen Protokoll feststellen.

Staatsminister Lorig: Es müssen über 6 Millionen noch bearbeitet werden, das habe ich gesagt.

Staatssekretär Dr. Pfeiffer: Grob sortiert ist es etwas anders. Die Grobsortierung Nr. 1 ist vollkommen durchgeführt, die Vorbearbeitung im Gange. Die Grobsortierung Nr. 2 war bei über zwei Millionen durchgeführt und die Fertigbearbeitung der Akten war bei über 300 000 durchgeführt.

Meine Damen und Herren! Es sind zu diesem Dialog viele Feststellungen zu machen, und zu diesen Feststellungen wünschen wir die Aufklärung durch Herrn Staatsminister Lorig bzw. Herrn Staatssekretär Dr. Pfeiffer. Der amtliche Stenographische Bericht legt die Erklärung des Herrn Ministers Lorig fest, so gut wie keine Vorarbeiten seien geleistet worden. Herr Staatsminister Lorig bestreitet, wieder nach dem stenographischen Protokoll, das gesagt zu haben. Das muß aufgeklärt werden.

Nun muß man zugestehen, daß verschiedene Auffassungen über die Grenzen einer groben Vorarbeit entstehen können, so daß die Differenzen der angegebenen Zahlen über die Grobsortierung verständlich sind. Wenn aber Herr Staatssekretär Dr. Pfeiffer erklärt, daß nach seiner Auffassung 1,8 Millionen Entscheidungen ergangen sind, wer vom Gesetz nicht betroffen ist, und für weitere 300 000 Fälle die Vorarbeiten geleistet sind, dann liegt hier, selbst wenn man über das Maß dessen, was man unter Grobsortierung versteht, verschiedener Meinung ist, eine ganz verschiedene Zahlenangabe vor, also ein offensichtlicher Widerspruch. Herr Staatssekretär Dr. Pfeiffer gab an, daß am 31. Dezember 1946 1,8 Millionen vom Gesetz nicht betroffen gewesen seien, Herr Staatsminister Lorig antwortete mit dem Zuruf: 1,5 Millionen! Herr Staatssekretär Dr. Pfeiffer, wie ich Ihnen schon gesagt habe, erwidert, daß das die amtliche Statistik von damals sei, die auch dem Ministerpräsidenten übergeben wurde, und daß sie vielleicht nachträglich geändert worden sei. Da ergibt sich die Frage: welche Zahlen sind richtig? Und von wem und auf Grund welcher Unterlagen ist die damalige amtliche Statistik, die auch der Militärregierung vorgelegt ist, geändert worden?

Ich bitte, Sie werden doch verstehen, wenn der Landtag sich für eine solche Zahlenkorrektur interessiert.

(Dr. Hundhammer: Das ist nicht interessant!)

— Herr Staatsminister Dr. Hundhammer, Sie sagen, es ist nicht interessant. Aber für diejenigen ist es interessant, die an einer wichtigen Aufklärung und an einer Klarstellung der Beziehungen zwischen der Presse und Herrn Lorig interessiert sind, die die Gründe untersuchen wollen, woher das Mißtrauen gegenüber dem Sonderministerium kommt. Wir geben Ihnen daher Gelegenheit, die hier aufgegriffenen Fragen klarzustellen, aber mit Eindeutigkeit klarzustellen, wer Recht hat, Herr Staatssekretär Dr. Pfeiffer oder Herr Staatsminister Lorig.

Herr Staatsminister Lorig erklärte an einer anderen Stelle seiner Rede, daß entscheidend war, daß ein Vierteljahr vorher, — das werde Herr Staatssekretär Dr. Pfeiffer bestätigen können — nach der amtlichen Statistik die Zahl der öffentlichen Kläger lediglich um acht vermehrt worden sei, und zwar auf Einsatz durch seinen Amtsvorgänger. Staatssekretär Dr. Pfeiffer hat hingegen auf diese Darstellung mit Recht erwidert, daß, als er das Amt am 20. Dezember 1946 verlassen hatte, auch die Zahl auf 355 Sitzgruppen erhöht war, das heißt, es waren 355 öffentliche Kläger und Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von Spruchkammern vorhanden, so daß jetzt mit 355 Sitzgruppen gearbeitet werden konnte. Ich frage nun Herr Staatsminister Lorig: Ist die Zahl der Sitzgruppen identisch mit der Zahl der Spruchkammern?

(Lorig: Nein!)

Ich möchte eine klare Antwort, eine klare konkrete Antwort: Ja oder Nein? Sind die Zahlen identisch?

(Lorig: Nein!)

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter, ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Marr (SPD): — Ich komme nun zum Schluß. Diese Unklarheiten müssen aufgeklärt werden, und zwar mit aller Eindeutigkeit. So lange das nicht geschieht, und zwar in jedem, auch neu auftretenden Fall, kann niemand ein Vorwurf gemacht, und kein

(Marr [SPD])

Zweifel in die Arbeit des betreffenden Amtes oder Ministers gesetzt werden und zum Ausdruck gebracht werden.

(Staatsminister Lorig: Sehen Sie auch darin einen Zweifel, daß wir in Bayern weiter sind als Ihre Kollegen in Württemberg und Hessen?)

— Ich habe keine Veranlassung, darauf einzugehen, weil meine Redezeit beschränkt ist.

So sehr wir darauf bestehen, daß die Durchführung der Entnazifizierung menschlichen und vor allem auch den politischen Notwendigkeiten entspricht, so sehr müssen wir auf einer absolut sauberen und einwandfreien Durchführung bestehen. Ich nehme an, Herr Staatsminister Lorig, daß auch Sie daran interessiert sind und ohne Rücksicht auf Personen, ganz gleich, wo diese stehen, etwa notwendige politische Konsequenzen ziehen und handeln.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Staatsminister Lorig.

Staatsminister Lorig: Ich möchte das Haus nicht mehr zu lange aufhalten. Aber einige Dinge muß ich hier nennen. Es werden die Zahlen bezweifelt, die ich hier genannt habe. Ich wiederhole nochmals, was ich gesagt habe — und ich hoffe, der Herr Staatssekretär Dr. Pfeiffer ist anwesend —: daß nach der amtlichen Statistik im Laufe des letzten Vierteljahres 1946, das heißt vom 1. Oktober angefangen bis Jahresende, sich die Zahl der öffentlichen Kläger und Spruchkammervorsitzenden insgesamt um acht Personen vermehrt hat. Wer das irgendwie bezweifelt, der gehe in die Abteilung Statistik und lasse sich dort von einem Mitglied der SPD, das diese Abteilung leitet, die nötigen Ziffern geben, um wieviel der Zugang größer war als der Abgang. Das steht eindeutig fest. Im vorhergehenden Vierteljahr, also im Sommervierteljahr 1946 — ich kenne die genauen statistischen Ziffern nicht — mag die Vermehrung größer gewesen sein, ich stelle das fest. Bis sich die Maßnahmen der Einsetzung auswirken, dauert das geraume Zeit, und so sind im Juli und im August diejenigen Spruchkammervorsitzenden zum größeren Teil oder sogar vielleicht zum größten Teil erst bestellt worden und damit in der Statistik zum Vorschein gekommen, die unter Umständen schon vorher ausgesucht worden sind. Es dauert durchschnittlich sechs bis acht Wochen, bis die betreffenden Akten von der Militärregierung, die die Fragebogen bearbeitet, zurückgekommen und sonstige Modifikationen eingetreten sind. Ist das richtig, Herr Kollege Dr. Pfeiffer? Ich durfte also, um keine irrtümlichen Zahlen zu geben, die hier vorgebrachten Zahlen zum Vergleich heranziehen, weil ja auch der Vorgänger von mir, der Herr Minister Schmitt zum Teil auch der Herr Staatsminister Dr. Pfeiffer beanspruchen kann, daß die genannten Umstände berücksichtigt werden. Ich habe nur eines festgestellt, und das ist das Entscheidende: daß im letzten Vierteljahr 1946 ein fast völliger Stillstand in der Vermehrung der Zahl der Spruchkammervorsitzenden und öffentlichen Kläger zu verzeichnen war, und habe demgegenüber darauf hingewiesen, daß in der vorletzten Woche — diese Statistik wurde dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ehard, dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hoegner und auch der Mili-

tärregierung übergeben — die Zahl der öffentlichen Kläger und Spruchkammervorsitzenden bereits um 50 vermehrt werden konnte.

Das sind die Ziffern, die ich aneinander gestellt habe, nicht um meinem Amtsvorgänger einen Vorwurf zu machen, der gerade von dem Kreis kolportiert wurde, der ihn heute so angelegentlich zitieren will.

(Beifall bei der WAB. — Widerspruch.)

Auch noch aus einem anderen Grunde habe ich das gesagt: weil die Arbeit schon schwer genug war, einen Zuwachs von 50 Leuten allein im Verlaufe einer Woche zu bekommen.

(Wimmer: Wieviele Spruchkammern haben Sie übernommen?)

— Wir haben etwas über 200 Spruchkammern übernommen. Diese Spruchkammern haben keineswegs überall zwei Sitzgruppen, aber eine Anzahl von Spruchkammern ist auch noch nicht besetzt. Ich stelle hiermit fest, daß die Vermehrung der Lager-spruchkammern von 5 auf 53 — um Ihnen nur ein Beispiel zu sagen; denn sonst sprechen wir stundenlang darüber — durch mich erfolgt ist. So liegt es auch bei anderen Ziffern. Ich habe Ihnen erklärt, wie schwer es heute ist, neue Spruchkammervorsitzende zu bekommen.

Das zu diesen Zahlen. Und nun zur Grobfortierung! Es ist richtig, daß unter meinem Vorgänger, dem Herrn Kollegen Dr. Pfeiffer, schon eine Grobfortierung vorgenommen wurde. Diese Grobfortierung ist aber nach Gesichtspunkten erfolgt, die für jetzt noch nicht das Richtige war. So ist die Grobfortierung nach männlich oder weiblich jetzt nicht mehr so von Bedeutung, weil die Amnestie ohne Rücksicht darauf ausgesprochen wurde und weil es auch sonst bei der Subsummierung unter das Befreiungsgezet absolut nicht darauf ankommt, ob der Betroffene männlichen oder weiblichen Geschlechts ist. Diese Sortierung geschah vielleicht damals noch mit gutem Recht, vielleicht in der Hoffnung auf Amnestien in dieser Hinsicht, vielleicht auch aus anderen Gründen. So haben wir jetzt auch für die neue Amnestie eine völlig andere Vorbearbeitung durchführen müssen. So ist der Widerspruch, den Sie, Herr Kollege Marr, geglaubt haben, feststellen zu können, nur insofern ein Widerspruch, als Sie die Verhältnisse eben im einzelnen nicht kennen.

Ich stelle noch einmal fest und bitte den Herrn Kollegen Dr. Pfeiffer, sofort mit einem Zwischenruf zu kommen, wenn die Ziffern nicht stimmen sollten: Ich habe gesagt, 70 000 bis 71 000 Fälle waren durch die Amnestie erledigt. Ich habe 71 000 gesagt, also sogar noch etwas aufgerundet. Das war am 1. Januar 1947; Sie können jederzeit die Ziffern haben. Damals waren 70 053 Fälle mit der Jugendamnestie erledigt. Das sind die authentischen Ziffern, die ich von dem Leiter der Abteilung Statistik habe, der, wie gesagt, kein Mann der WAB, sondern der SPD ist. So sind die Ziffern und heute sind es 413 450. Ich frage Sie: Wer hat Recht gehabt, wenn er sagte, daß von den Fällen, die bei Übernahme des Amtes vorlagen, erst ein nur kleiner Teil der Jugendamnestie erledigt war?

(Zuruf: Der unfehlbare Lorig!)

— Das ist ein Zuruf, den ich mir nicht gefallen zu lassen brauche. Ich bin nicht unfehlbar, kein Mensch ist unfehlbar, das lassen Sie sich sagen!

(Zuruf.)

(Staatsminister Lorig)

Und nun muß ich schon sagen: Das ist sehr wenig Anerkennung für die riesige Arbeit, die geleistet worden ist, wenn man über solche Dinge spricht wie Sie, Herr Kollege Marx, und dabei verschweigt, daß die Zahl der Amnestiefälle von 70 053 auf 413 450 gestiegen ist.

(Zuruf: Wir wollten ja nur Aufklärung!)

— Eine Aufklärung ist hiermit wohl erfolgt. Ich stelle nur fest, daß wir in Bayern weit zurück waren gegenüber unseren Nachbarn Württemberg-Baden und Hessen, die uns schon im vorigen Jahr in der Tugend amnestie überholt hatten. Ein großer Teil von Karten, die mitteilten, daß jemand vom Gesetz nicht betroffen war, hat wieder zurückgenommen werden müssen. Da werden Sie verstehen, wie die Dinge liegen. Ich habe hier die statistischen Ziffern, daß es am 1. April 1947 700 000 Nichtbetroffene waren. Die Zahl von 4 Millionen Fällen wird jetzt bereits überschritten sein, ich habe die Statistik noch nicht da. Damit sind die Nichtbetroffenen-Akten abgeschlossen, die übrigens genau so bearbeitet waren, wie alle anderen Fälle auch. Bezüglich der Weihnachtsamnestie konnten selbständige Akten unter meinem Amtsvorgänger überhaupt noch nicht erledigt sein. Das ist auch nicht seine Schuld, weil die Ausführungsbestimmungen erst Ende Februar, Anfang März von OMGUS Berlin genehmigt wurden; sie waren zweimal geändert, und wir hatten um jeden Satz in der Formulierung ringen müssen. Heute sind 581 924 Fälle erledigt. Damit ist rund 1 Million Fälle erledigt worden, zusätzlich der 70 000, die mein Amtsvorgänger erledigt hat.

Ich sage: Rund eine Million Fälle wurden bearbeitet und erledigt. Ich hätte wirklich ein klein bißchen Anerkennung verdient, und mit mir unsere Spruchkammern und öffentlichen Kläger im ganzen Land und das ganze Personal im Ministerium, das diese ungeheuerliche Arbeit bewältigen konnte, in einem Zeitpunkt, da sich der sozialdemokratische Minister Kamm in Württemberg-Baden und der sozialdemokratische Minister Binder in Hessen erstaunt gefragt haben, wie so wir fertig werden konnten. Wir haben dadurch den Vorsprung gegenüber den Ländern Württemberg-Baden und Hessen. So liegen die Dinge. Ich glaube, ein klein bißchen Anerkennung sollte man jedem zollen, der hier unermüdlich gearbeitet hat. Sie werden keinen Zwist sehen können, weder zwischen mir und meinem Amtsvorgänger noch mit sonst irgendeinem; ich denke nicht daran! Mein Amtsvorgänger hat wirklich alle Kräfte und seine ganze Gesundheit für die Entnazifizierung eingesetzt. Ich möchte das hier feststellen. Aber intrigiert ist gegen ihn worden auf Teufel komm raus!

Er hatte allerdings wahrscheinlich nicht die robuste Gesundheit, um solche Intriganten rechtzeitig an die frische Luft zu setzen. Aber das ist kein Vorwurf. Niemand kann für seinen körperlichen Zustand. Ich muß schon sagen: Es gehört eine Roburnatur und ein Elefantentell dazu, um diesen Posten Tag für Tag wahrnehmen zu können. Aber ich werde ihn wahrnehmen, weil ich weiß, daß die Entnazifizierung raschestens abgeschlossen werden muß; denn sonst werden mehr Nazis nachwachsen, als durch die Spruchkammern gehen.

(Beifall.)

Wenn die Entnazifizierung jetzt nicht bald abgeschlossen wird, verliert das Volk das Vertrauen in ein gutes und gerechtes Funktionieren der Demokratie. Dies ist dann aber der Nährboden für das Wiederaufkommen des Nationalsozialismus.

Ich stelle nur eines fest: Es ist einigermaßen in den letzten Monaten gearbeitet worden. Gott sei Dank ist dies auch von politisch Andersdenkenden anerkannt worden. Ich selbst brauche keine Anerkennung. Ich weiß, auch unsere Spruchkammern und öffentlichen Kläger draußen, die eine ungeheuerliche Arbeit geleistet haben, gieren nicht nach Anerkennung. Sie sind, wenn sie sich allabendlich müde ins Bett werfen, zufrieden, wenn sie sich sagen können, daß sie ein bißchen daran mitgeholfen haben, daß es in unserem armen Vaterlande wieder besser wird.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Pfeiffer.

Staatssekretär Dr. Pfeiffer: Hohes Haus! Wenn der Zweck des Befreiungsgesetzes voll erfüllt werden soll, müssen wir unbedingt aus den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen herauskommen. Ich gehe ferner mit dem Vertreter der SPD, der zuletzt gesprochen hat, dahin vollkommen einig, daß die Dinge in jeder Beziehung geklärt werden müssen. Ich glaube aber nicht, daß dies heute so kontradiktorisch und rhetorisch möglich ist, sondern sehe einen anderen Weg als den richtigen an. Wir haben am Schluß unserer Aussprache über einen Antrag des Abgeordneten Stock und Fraktion abzustimmen, daß der Bericht des Ältestenrats dem Ausschuß für Entnazifizierung als Material überwiesen und dieser Ausschuß beauftragt werden soll, eine grundsätzliche Stellungnahme zu den gesamten Fragen der Entnazifizierung im Landtag vorzulegen. Ich halte es für richtig, daß dem Entnazifizierungsausschuß vom Ministerpräsidenten ein Bericht über die Entwicklung der Entnazifizierung in Bayern vorgelegt wird, der sich auf das amtliche Material stützt, wie es der Militärregierung unterbreitet wurde. Sie werden mit mir einig sein, wenn ich darauf verzichte, auf persönliche Dinge einzugehen, und mich auf eine sachliche Erörterung der einschlägigen Probleme beschränke.

In den ersten Monaten nach meiner Amtsübernahme habe ich unter vielen anderen auch die Aufgabe gehabt, eine zuverlässige Statistik aufzubauen. Das System der statistischen Berichte mußte wiederholt gewechselt werden, weil die Anforderungen sowohl von OMGUS wie von der Militärregierung Bayern sich in verschiedener Richtung entwickelten. Die Organisation dieser statistischen Berichte nahm ungefähr acht Wochen in Anspruch. Etwa im November 1946 wurde jene Form erreicht, bei der unsere Statistik als vorbildlich für die anderen Zonen erklärt wurde. Wir haben also diese Unterlagen und die Auskünfte des Staatsministers für Sonderaufgaben zur Verfügung. Der Ministerpräsident wird in der Lage sein, an Hand der Statistik sowohl über die Durchführung des Befreiungsgesetzes in Bayern wie auch über die parallelen Verhältnisse in den beiden anderen Ländern der amerikanischen Zone zuverlässige Angaben zu unterbreiten. Aus diesen wird sich dann allerlei ergeben, was als grundsätzliche Stellungnahme zu den einschlägigen Problemen dem Entnazifizierungsausschuß des Landtags unterbreitet werden muß. Mit diesem Vor-

(Staatssekretär Dr. Pfeiffer)

schlag verbinde ich meinerseits die Bitte, dem Antrag Stock und Fraktion die Zustimmung zu geben. Ich hoffe damit auf einen Weg verwiesen zu haben, auf dem wir zu einer gewissen Entgiftung der Atmosphäre gelangen. Vom ersten Augenblick meiner Tätigkeit als Sonderminister an hatte ich es als mein Ziel aufgestellt, daß wir aus den parteipolitischen Betrachtungen auf diesem Gebiet heraus und auf einen guten Weg kommen müssen, soweit dies unter menschlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist, nämlich den einer möglichst unabhängigen Gerechtigkeit.

(Starker Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Allwein.

Allwein (CSU): Sehr geehrte Damen und Herren des hohen Hauses! Staatsminister Lorig und Staatssekretär Dr. Pfeiffer haben Ihnen die Entnazifizierung auf der großen Ebene geschildert. Wenn ich heute als einer von vielen Rednern noch zu diesem Thema spreche, dann tue ich es als kleiner Mitarbeiter der Entnazifizierung von Anfang an. Ich weiß daher auch, welche Schwierigkeiten sich uns von Anfang an entgegengestellt haben. Mit diesen Schwierigkeiten möchte ich Sie nicht lange aufhalten, aber Ihnen doch sagen, daß wir wochenlang in unserer Spruchkammer überhaupt keine Schreibmaschine gehabt haben, daß wir bei der Eröffnungssitzung im Prinzregententheater das rosa Heftchen als Gesetz in die Hand gedrückt bekamen und uns dann gesagt wurde: so, nun fangt die Arbeit an, und daß es endlich wochenlang gedauert hat, bis überhaupt Ausführungsvorschriften erlassen wurden. Dies sind die Hauptschwierigkeiten, die den langsamen Anlauf der Entnazifizierung zunächst bedingt haben.

Um Ihnen einen kleinen Einblick zu gewähren, möchte ich Ihnen die für eine normale Spruchkammer maßgeblichen Zahlen nennen. Es handelt sich hier um die Spruchkammer Bad Tölz, bei der ich öffentlicher Kläger bin. Es wurden bei uns 30 062 Fragebögen eingereicht. Davon waren Nichtbetroffene 20 131, Betroffene 9 931. Von den Betroffenen entfielen auf die Klassen I und II 2 050, auf die Klasse der Mitläufer 7 881. Erledigt sind 20 131 Nichtbetroffene durch postkartenmäßige Mitteilung. Mit 2 319 Fällen ist die Jugendamnestie und mit 2 963 Fällen auch die Weihnachtsamnestie abgeschlossen. Klagemäßig oder sonstwie erledigt sind in den Klassen I und II 1 080 Fälle, also über die Hälfte, in der Klasse der Mitläufer 715 Fälle. Spruchmäßig erledigt sind in den Klassen I, II, III und IV 750 Fälle. Eingestellt sind 219 Fälle. Es schweben noch Ermittlungen bzw. es sind noch Verfahren im Lauf in den Klassen I und II in 970, in der Klasse der Mitläufer in 1 594 Fällen. Von insgesamt 30 062 Fragebögen sind also 26 299 erledigt. Ich glaube, das sind Zahlen, die sich wohl sehen lassen können. Dabei handelt es sich um eine Kammer, deren einer Vorsitzender und einer öffentlicher Kläger ihr Amt nur im Nebenberuf ausübt haben. Dies bedeutete, daß diese beiden Herren bis tief in die Nacht hinein arbeiten mußten und weder einen Samstag Nachmittag noch einen Sonntag gehabt haben. Ich bin fest überzeugt, daß bei vielen anderen Spruchkammern ähnliche Verhältnisse vorliegen.

Ich stelle also hiermit fest, daß die Pflicht erfüllt worden ist, ja daß viele über ihre Pflicht hinaus gearbeitet haben. Wir haben das nicht getan, um Lob und Anerkennung zu finden, aber wir haben auch nicht erwartet, daß andauernd an der Arbeit der Spruchkammern genörgelt und kritisiert wird. Gewiß, Kritik muß sein, aber man muß die Kirche auch beim Dorf lassen. Die andauernde Nörgerei hält nämlich die guten Kräfte von der Mitarbeit bei uns ab.

(Sehr richtig!)

Diejenigen, die schon in dieser Arbeit drinstehen, werden dadurch vergrämt und verbittert und ihre Arbeitskraft wird wesentlich dadurch eingeschränkt.

Meine Damen und Herren von der Presse! Sie sind mit Ihrem Tadel nicht sparsam gewesen. Lassen Sie wenigstens ab und zu den Honigseim des Lobes aus Ihrer Feder fließen! Mit zwanzig Worten des Lobes nützen Sie unserer guten Sache mehr als mit einer seitenlangen Kritik.

(Sehr gut!)

Auch die Kritik an unseren Ministern lähmt unsere Arbeitskraft. Sie alle haben bis jetzt ihr Bestes getan. Ich möchte ihr Wirken mit den drei Gängen eines Kraftfahrzeugs vergleichen: Minister Schmitt der erste Gang, der die Masse in Bewegung setzen mußte; Minister Pfeiffer der zweite Gang, der die Kraft des ersten Ganges überleitet zur Schnelligkeit des dritten Ganges; Minister Lorig der dritte Gang, der Normalgang. Ich will hier noch nicht von einem Schnellgang reden.

(Heiterkeit. — Zuruf: Er steht noch aus.)

— Vielleicht ist es einer von Ihnen, meine Herren!

(Heiterkeit.)

In einer Zeitung habe ich kürzlich gelesen, daß das Thema Lorig den Lesern jetzt zum Hals heraushängt. O nein, nicht das Thema Lorig ist es, das dem Leser zum Halse heraushängt — wir hoffen, von Minister Lorig im Laufe dieses Jahres zu diesem Thema noch recht viel zu hören —, sondern die Art und Weise der Behandlung dieses und anderer Themen der Entnazifizierung. Ich rufe auf zur Mitarbeit und zum Verständnis. Damit nützen wir der guten Sache und unserem armen, gequälten Volk.

(Beifall.)

Präsident: Nun die erfreuliche Mitteilung, daß als letzter Redner zu diesem Punkt der Tagesordnung der Abgeordnete Euerl das Wort hat.

Euerl (CSU): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Es ist bedauerlich, daß das hohe Niveau, das diese Aussprache durch die Ausführungen des Vizepräsidenten Hagen hatte, langsam heruntergeredet worden ist. Nach außen hin und auch gegenüber den Siegermächten hätte es einen viel besseren Eindruck gemacht, wenn sich das ganze Haus auf den Boden des Rechtes und der Gerechtigkeit gestellt hätte, den der Abgeordnete Hagen zur Grundlage seiner Ausführungen gemacht hat.

(Sehr richtig!)

Ich möchte mich kurz fassen und zu dem Thema nur noch wenig sagen. Es sind die Verhältnisse im Lager Moosburg nach verschiedenen Richtungen gewürdigt worden. Nicht ist aber davon gesprochen worden, daß auch die Behandlung der Besucher des Lagers Moosburg einer Revision bedarf. Den Leuten, die nach schwieriger Reise zu ihren Angehörigen ins Lager

(Guerl [ESU])

kommen, muß Gelegenheit geboten werden, mit den Besuchten auch in angenehmer und ordentlicher Weise sich ausprechen zu können. Die Verhältnisse sind jetzt so, daß die Besucher und die Besuchten zwischen zwei Tischen nebeneinander und gegeneinander sitzen und sich in einem Chaos anschreien müssen, um sich gegenseitig zu verstehen. Man hat jetzt sogar die Absicht gehabt, einen Drahtgang zu schaffen, in dem die Insassen zu der Besucherzelle geführt werden sollen. Dies ist wieder abgestellt worden.

Ähnliche Verhältnisse wie im Lager Moosburg herrschen auch im Lager Nürnberg-Langwasser. Auch hier müßte darauf gesehen werden, daß die Gerechtigkeit und das Recht zum Siege gelangen. Ich lege Ihnen den Teil eines Berichts vor, den einer der Insassen dieses Lagers geschrieben hat. Der Betreffende ist Unterscharführer der Waffen-SS gewesen. Seine Frau ist am 15. Februar 1947 beim Holz sammeln erfroren und hat sechs kleine Kinder im Alter von 6 bis 12½ Jahren hinterlassen, die behelfsmäßig in einem Heim untergebracht werden mußten. Erst Anfang März, nachdem sich der Mann dieser Frau von dem Schicksalschlag etwas erholt hatte, bat er um Urlaub nach Fischbach bei Nürnberg, um die dringenden Angelegenheiten zu regeln und seine Kinder menschenwürdig unterzubringen. Dieser Urlaub ist ihm von der Spruchkammer verweigert worden. Daß auch hier nach den Geboten der Menschlichkeit gehandelt werden muß, ist selbstverständlich. Ich werde dem Herrn Sonderminister die Unterlagen zu diesem Fall überreichen und bitte, hier einzugreifen. Es handelt sich nicht darum, daß wir uns irgendwie schützend vor Nazis hinstellen wollen. Wir wollen uns aber nicht nachsagen lassen, daß auch wir die Menschlichkeit und Gerechtigkeit vergessen hätten.

Die ganze Frage der Lager ist bisher immer nur von einem oberflächlichen Standpunkt aus betrachtet worden. Wir müssen auch einmal vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus diese Frage betrachten. Im Lager Langwasser befinden sich 3315 Insassen. Davon sind 2921 Internierte und 394 neu eingelieferte, zu Arbeitslager verurteilte Männer. Aber von diesen 394 eingelieferten, sind nur 31 auf Grund eines rechtskräftigen Spruchkammerurteils eingeliefert und die anderen 256 haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

(Staatsminister Lörig: Das ist ein Befehl von General Clay!)

Wenn wir die altersmäßige Aufgliederung der Insassen des Lagers betrachten, so sind 67,1 Prozent im Alter von 20 bis 50 Jahren. Draußen in der Wirtschaft suchen wir nach solchen Arbeitskräften. Wir müssen uns aber auch einmal darüber unterhalten, wie die Zusammengehörigkeit der Insassen nach der Zonenzugehörigkeit ist. Von diesen Insassen im Lager Langwasser sind 1202 Personen Angehörige der britischen, französischen, russischen Besatzungszone, von Berlin, Bremen und anderen Ländern. Diese 1202 Personen haben auf Jahre hinaus keine Aussicht, hier in der amerikanischen Zone behandelt zu werden. Warum schiebt man sie nicht ab in ihre Zone und läßt sie dort behandeln?

(Staatsminister Lörig: Das ist verboten. Fragen Sie die Militärregierung!)

Dann wollen wir einmal danach fragen, was den Staat diese Lager kosten. Ich gebe Ihnen eine Zusammenstellung für ein Monat darüber, was das Lager Langwasser kostet: Gehälter und Löhne für Wachmannschaften und Angestellte 110 000 *ℳ*, Arbeitsgelber der Internierten 15 000 *ℳ*, Verpflegung pro Tag bei einem Satz von 1,20 *ℳ* für die Internierten 138 600 *ℳ*, für die Wachmannschaften, 16 200 *ℳ*. Wasserverbrauch usw. 6 000 *ℳ*. Krankenhaus, Fuhrpark, Bauvorhaben usw. Ergibt eine Summe von monatlich 324 180 *ℳ*, pro Mann im Tag 3,26 *ℳ*. Wenn wir das auf sämtliche Lager, Moosburg, Augsburg, Nürnberg, Regensburg, Hammelburg bei einer Gesamtbelegzahl von 26 000 Internierten umrechnen, gibt das im Tag 84 760 *ℳ*, im Jahr 30 513 600 *ℳ*. Wir reden hier immer davon, daß mit den Steuergroschen des Arbeiters sparsam umgegangen werden muß. Hier wäre eine Möglichkeit, Millionen zu sparen, wenn diese Sache richtig behandelt würde.

(Dr. Hoegner: Sie können ohne Zustimmung der Militärregierung nicht einen einzigen Mann entlassen.)

Es müßte versucht werden, die Spruchkammern in diesen Lagern besser zu organisieren.

Ich möchte noch zu einer Frage sprechen, zu der schon Frau Abgeordnete Dr. Probst gesprochen hat, nämlich zur Entnazifizierung des Wohnraums und hier insbesondere der Siedlungshäuser. Was hier getan wird, ist nichts anderes wie Diebstahl. Denn wenn einer vor der Nazizeit in 20 bis 25 Jahren sich mit seinen Spargroschen ein Siedlungshaus gebaut hat, kann man es ihm nicht heute ohne weiteres nehmen, zumal wenn die Rechtslage, ob er belastet ist oder nicht, überhaupt nicht geklärt ist. Hier wird einfach von den Wohnungsämtern beschlagnahmt und den Leuten das Nutzungsrecht ihres Eigentums genommen. Auch hier gilt der Schutz des Eigentums, den wir in der Verfassung garantiert haben. Hier muß auch den Wohnungsämtern die entsprechende Weisung erteilt werden. Eine Frage ist noch: wie haben sich die Wohnungsämter zu verhalten, wenn die Spruchkammern ihren Spruch gefällt haben? Die Wohnungsämter stellen sich auf den Standpunkt, daß sie sich danach überhaupt nicht zu richten haben, daß einer Nazi ist, ob er nun durch die Spruchkammer gegangen ist oder nicht. Auch hiezu müßte den Wohnungsämtern eine Anweisung gegeben werden.

Eine weitere Frage, die uns interessieren muß, ist die Wiedereinstellung der Entlassenen und der Mitläufer. Auch hier ist eine Anweisung zwingend notwendig, damit den Arbeitsämtern die Gelegenheit gegeben wird, auch hier nach Recht und Gerechtigkeit zu verfahren, damit die Leute, die im Sondereinsatz sind, in dem Augenblick aus dem Sondereinsatz entlassen werden, in dem sie durch die Spruchkammer gegangen sind. Beim Nürnberger Arbeitsamt ist das bis jetzt nicht der Fall. Die Leute müssen weiter im Sondereinsatz arbeiten und werden nicht in andere Stellen vermittelt.

(Zuruf: Wir haben zu viel Schutt.)

Wir haben zu viel Leute, die sich von der Arbeit drücken. Es gibt heute noch Leute, die überhaupt noch nicht Schutt geschaufelt haben. Man muß auch hier Gerechtigkeit walten lassen.

(Euerl. [CSU])

Eines möchte ich noch sagen zu den Terminen, die Herr Staatsminister Lorig angegeben hat. Wir können nicht recht daran glauben, daß diese Termine eingehalten werden können.

(Staatsminister Lorig: Warten Sie ab!)

Die Berufungskammern in Augsburg, Würzburg und Nürnberg sind überhaupt nicht arbeitsfähig. Ich halte es für gefährlich, wenn wir den Menschen draußen Versprechungen machen und Hoffnungen erwecken, die wir dann nicht halten können.

(Staatsminister Lorig: Aber ich habe schon ein paar Versprechungen gehalten!)

Präsident: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt hier zunächst der Antrag Stock und Genossen vor, folgenden Inhalts:

Der Bericht des Ältestenrats wird dem Ausschuß für Entnazifizierung als Material überwiesen. Der Ausschuß für Entnazifizierung wird beauftragt, eine grundsätzliche Stellungnahme zu den Gesamtfragen der Entnazifizierung dem Landtag vorzulegen.

Ich glaube, dieser Antrag kann ohne weiteres angenommen werden. Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. — Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Dann liegt noch ein weiterer Antrag Stock und Fraktion vor, folgenden Inhalts:

Die Bayerische Staatsregierung wird ersucht, an die Militärregierung heranzutreten um zu erwirken, daß das sogenannte Ingolstädter Verfahren in der Entnazifizierung sofort in Kraft gesetzt und mit größter Beschleunigung durchgeführt werden kann.

Ich wäre dafür, diesen Antrag dem Entnazifizierungsausschuß zu überweisen. Das Haus ist damit einverstanden. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich würde dem Haus nun vorschlagen, den nächsten Punkt der Tagesordnung heute nicht zu behandeln, sondern auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Dann liegt noch ein Antrag Dr. Korff und Genossen vor, den ich heute noch erledigen möchte:

Die Staatsregierung wird ersucht, dahin zu wirken, daß in Anbetracht der schwierigen Ernährungslage von der Einführung der sogenannten doppelten Sommerzeit abgesehen wird.

Der Herr Abgeordnete übersieht, daß das schon an die Staatsregierung hinübergegeben worden ist. Damit ist dieser Antrag erledigt.

Dann haben wir noch die Wahlen für den Ausschuß, der gebildet wird zur Durchführung des Gesetzes zu Art. 160 der Bayerischen Verfassung. Ich bitte Herrn Dr. Hundhammer, die Mitglieder der CSU zu benennen.

Dr. Hundhammer (CSU): Wenn ich recht unterrichtet bin, werden der CSU von den 11 Mitgliedern dieses Ausschusses 6 Sitze zufallen. Die Fraktion hat bereits drei Vertreter benannt, es sind daher noch drei ergänzend vorzuschlagen. Bisher wurden benannt Stinglmayr, Emmert und Prüschenk. Die Fraktion schlägt weiter vor Dr. Winkler, Hagn Hans und Hauck Georg.

Präsident: Von der SPD werden vorgeschlagen Piehler, Drechsel und Wolf.

Ich bitte um den Vorschlag der WAB.

Lorig (WAB): Die WAB schlägt vor, den Abgeordneten Meißner.

Präsident: Und die FDP?

Dr. Emmert (FDP): Wir haben den Kollegen Stiller vorgeschlagen.

Präsident: Widerspruch erfolgt nicht, es ist so beschlossen.

Zu einer persönlichen Erklärung hat das Wort der Abgeordnete Brecht.

Brecht (CSU): Meine Ausführungen haben bei einem Teil des Hauses große Erregung hervorgerufen, die nicht nötig gewesen wäre, wenn man mich meinen Satz hätte fertig aussprechen lassen. Selbstverständlich war es und ist es nie meine Auffassung, daß die Internierungslager den Konzentrationslagern in allem gleichzustellen sind. Ich wollte diesen Vergleich nur nach einem Gesichtspunkt hin gebrauchen, wobei ich ohne weiteres zugebe, daß er vielleicht mißverständlich gewesen ist. Das Stenogramm zeigt, daß ich mitten im Satz unterbrochen worden bin. Unsere Internierungslager, habe ich gesagt, sind genau so Konzentrationslager wie die.... nun bin ich unterbrochen worden durch die Zwischenrufe und konnte den Satz nicht mehr fertig machen. Ich wollte sagen.... wie die des Dritten Reiches, insofern auch hier — in diesen Internierungslagern nämlich — viele Tausende von rein automatisch verhafteten Personen seit bald zwei Jahren unschuldig ihrer Freiheit beraubt sind. Nur unter diesem Gesichtspunkt habe ich den Vergleich gebraucht und gebrauchen wollen. Ich gebe zu, daß die Einleitung des Satzes vielleicht etwas mißverständlich war. Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir vollkommen fern gelegen war und ist, etwa die Internierungslager und die Konzentrationslager in allem gleichzustellen. Vor allem ist es selbstverständlich, ich weiß es und ist es auch meine Überzeugung, daß in den Internierungslagern nicht die Verbrechen der Konzentrationslager geschehen. Im übrigen bin ich der Auffassung: in der ganzen Frage soll nicht der Geist des Hasses und der Rache verewigt werden, sondern wir müssen uns endlich einmal zusammenfinden im Geiste der christlichen Liebe und des christlichen Verzeihens.

Präsident: Diese Erklärung dient dem Haus zur Kenntnis. Ich muß trotzdem als Präsident noch eine Bemerkung dazu machen, nicht um die Lage zu verschärfen, sondern objektiv und ganz nüchtern.

Ich möchte die Mitglieder des hohen Hauses bitten, künftig jeden Vergleich mit den Konzentrationslagern in diesem Hause zu unterlassen. Das muß in der Seele derjenigen, die in den Konzentrationslagern waren, direkt empörend wirken. Es ist doch so, schon der Empfang im Konzentrationslager, die Behandlung in der Nacht, wenn man hineingekommen ist, und das, was gefolgt ist, lassen sich mit dem Zustand, der heute in den Internierungslagern herrscht, in keiner Weise vergleichen.

Im übrigen möchte ich um der Gerechtigkeit willen hier feststellen, daß das ganze Haus zu der Frage der Entnazifizierung anlässlich des Besuchs des Präsidiums im Lager Moosburg einstimmig einen Antrag angenommen hat, der bestimmte Kategorien, die im

(Präsident)

Lager Moosburg und in den anderen Lagern sich befinden, einer besonderen Prüfung unterziehen will. Damit hat das Haus einstimmig auf Gesichtspunkte hingewiesen, die von besonderer Wichtigkeit sind. Das möchte ich abschließend feststellen. Die Debatte hatte also nach der Richtung schon ein Ergebnis, und die Regierung hat entsprechende Richtlinien. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die Aussprache etwas kürzer ausgefallen wäre. Das ist eine Frage für sich; das Haus hat das selbst zu bestimmen. Damit ist die Sache erledigt.

Wir kommen zur Festsetzung des Termins für die nächste Sitzung. Bevor ich ihn bekanntgebe, möchte ich eines feststellen: Ich muß als Präsident des Hauses, nachdem mir die Aufgabe obliegt, die Rechte und das Ansehen der demokratischen Institution des Landtags zu wahren, bitten, daß die Damen und Herren alle anderen Verpflichtungen hintanstellen und in erster Linie ihre Aufgabe im Landtag erfüllen. Denn sonst entsteht eine Menge von Lücken; der eine ist aus dem Grund und der andere aus jenem verhindert. Ich muß weiter darauf hinweisen, daß wir, wenn ich alles übersehe, was sich bei uns in den Ausschüssen abspielt, eine solche Fülle von Arbeit erledigen und die Ausschüsse so sehr auf hohen Touren arbeiten müssen, daß ich die Abgeordneten bitten muß, sich jederzeit zur Verfügung zu halten, um ihre Aufgaben nach der oder jener Richtung zu erfüllen. Es ist dann auch noch notwendig, daß die Gesetzentwürfe, die heute die Not der Zeit erfordert, auch verabschiedet werden, und zwar möglichst rasch. Das läßt sich mit normalen Verhältnissen nicht vergleichen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Linnert.

Dr. Linnert (FDP): Zur Geschäftsordnung! Was der Herr Präsident gesagt hat, wäre richtig, wenn bei den Ausschüssen usw. etwas Rücksicht darauf genommen würde, daß man nicht imstande ist, in kurzer Zeit nach München zu kommen, wenn man aus Coburg, Hof oder auch schon Nürnberg ist. Wir sind gerne bereit, zu arbeiten, aber man muß auch die Fahrpläne anschauen, ob es möglich ist, rechtzeitig zur Sitzung zu kommen.

Präsident: Was Herr Kollege Dr. Linnert gesagt hat, war nicht zur Geschäftsordnung. Ich habe es trotzdem gerne entgegengenommen. Er hat zum Teil auch recht. Aber die Schwierigkeiten sind heute so groß, daß ich nicht alle aus dem Wege räumen kann. Ich muß auch Rücksicht nehmen auf das, was die Vorsitzenden der Ausschüsse verlangen. Daher kam es so mit dem Ausschuß, der am Montag, den 28. April nachmittag anberaumt war. Ich habe in der Plenarsitzung, die vorher stattgefunden hatte, das Datum dieser Ausschusssitzung bekanntgegeben. Wären in der Plenarsitzung genügend Damen und Herren anwesend gewesen, hätte es keine Schwierigkeiten gegeben. Das nebenbei. Im übrigen wird vom Landtagsamt dafür gesorgt werden, daß diesen Dingen Rechnung getragen wird.

Scheffbeck (CSU): Ich möchte den Herrn Präsidenten auch bitten, dafür zu sorgen, daß die Ausschußmitglieder rechtzeitig, wenigstens einen bis zwei Tage vorher die Gesetzentwürfe der Regierung in die Hand bekommen und daß sie ihnen nicht erst im Ausschuß vorgelegt werden.

Präsident: Diese Beanstandung trifft nicht den Präsidenten. Das ergibt sich aus dem Geschäftsgang, das bringt die Not der Zeit mit sich. Es kommt auch nur in seltenen Fällen vor wie beim Schwerbeschäftigtengesetz, das rasch vervielfältigt werden mußte. Die Gesetzentwürfe gehen im Landtagsamt sofort zur Vervielfältigung und werden dann verteilt. Ich bitte solche Dinge nicht im Plenum zu erörtern, dazu ist der Ältestenrat da, wo die Abgeordneten sich jederzeit an mich wenden können.

Wegen der nächsten Sitzung möchte ich vorschlagen, die Festsetzung der Tagesordnung und des Zeitpunktes dem Präsidenten zu überlassen, ferner als Datum in Aussicht zu nehmen und festzuhalten, wenn nicht besondere Umstände eintreten, Dienstag, der 20. Mai nachmittags 3 Uhr. Die Damen und Herren müssen jedoch damit rechnen, daß die Tagung sich auf den 21. Mai und womöglich auch auf den 22. Mai erstreckt. Ich werde also einstweilen so disponieren. Widerspruch erfolgt nicht.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 5 Minuten.)